

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

160 (14.7.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einsch. 80 J. Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M., ohne Ausgabe- u. Postgebühr, monatl. Einzelgepl. 25 J. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile 8.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Verhandlungen in Spa. Noch keine Einigung.

Nach den bis jetzt eingelaufenen Nachrichten ist man in Spa immer noch zu keiner grundlegenden Einigung gelangt. Namentlich in der Kohlenfrage, die für das deutsche Wirtschaftsleben von grundlegender Bedeutung ist, ist man noch nicht zu entgeltlichen Beschlüssen gekommen.

Ein ausführliches Telegramm der „Boschischen Zeitung“ aus Spa fasst die Ereignisse des Montags zusammen in dem Urteil: „Der gestrige Tag war trotz des Fortbestehens aller bisherigen Gegenstände ein Zeichen für den starken Verhandlungswillen, der hier herrscht.“

Tatsächlich haben sich einige wichtige Ereignisse abgespielt. Vor allem ist zu erwähnen, daß sich die Konferenz über das vorgesehene Datum hinaus ausdehnen wird. Während sich die Verhandlungen zur Feier des 14. Juli nicht nach Paris zu fahren, sondern den Justizminister mit seiner Vertretung zu beauftragen. Inzwischen werden die Verhandlungen hier andauern und zwar mindestens bis Ende dieser Woche.

Das zweite wichtige Symptom besteht darin, daß nach dem Ausfall der Plenarsitzung am Vormittag die deutschen Delegierten eingeladen wurden, sich an einer Besprechung im nächsten Kreise zu beteiligen, die im wesentlichen nur aus den Führern und aus den wichtigsten Teilnehmern der verschiedenen Delegationen besteht.

Der deutsche Vorschlag zur Wiedergutmachung ist von der Entente nicht übermäßig begeistert aufgenommen worden. Man bemüht sich mit großer Enttäuschung die Forderung bestimmter Zahlen für die deutsche Wiedergutmachungsschuld. Dennoch ist es unabweisbar, daß die alliierten Vertreter das Wiedergutmachungsprojekt der deutschen Delegation nicht nur einer ersten Prüfung, sondern auch einer anschließenden Verhandlung unterziehen wollen, und diese Verhandlung soll Gelegenheit dafür bieten, die allgemeinen Umrisse mit konkretem Inhalt auszufüllen.

Wie verschiedene Blätter aus Spa melden, sind die Marschälle Foch und Wilson telegraphisch aus Spa zurückberufen worden. Der „Vorwärts“ bringt die Juridikerberufung der Marschälle Foch und Wilson in Zusammenhang mit der Schwierigkeit in der Regelung der Kohlenfrage und vermutet, daß damit ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden soll. Wahrscheinlich wird die Frage eines etwaigen Einmarsches in das Ruhrgebiet mit dem Marschall Foch besprochen werden.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, würde man es in den Kreisen der Alliierten endlich einsehen, daß es wertlos ist, bei jeder schwierigen Frage den General Foch aus der Versenkung aufzurufen zu lassen. Im Falle eines Einmarsches in das Ruhrgebiet würden die deutschen Bergarbeiter sich weigern, dem Zwange zu gehorchen. Frankreich würde nicht die Freude an einer Vergewaltigung haben, da Arbeiter und Arbeitgeber völlig einig und geschlossen der Entente gegenüber stehen. Die deutsche Delegation in Spa wird sich nicht einschüchtern lassen.

Antlicher Bericht über die gestrigen Sitzungen.

Spa, 13. Juli. (Antlich.) Heute vormittag 11 Uhr lagten die verschiedenen Kommissionen, die gestern nachmittag von der Konferenz eingeleitet waren, um die Vorschläge der deutschen Regierung in der Wiedergutmachungsfrage sich erläutern zu lassen. Die deutsche Delegation war durch Finanzminister Dr. Wirth und Dr. Karl Meißner als wirtschaftlicher Beirat des Ministers des Auswärtigen, Geh. Rat Wiedfeldt als Vertreter des Wirtschaftsministers, Staatssekretär Bergmann als Vertreter des Wiederaufbauministeriums und ein Sekretär vertreten.

Der Präsident der Kommission stellte fest, daß es sich nur um eine Enquete, nicht um eine Beratung handle und richtete an die deutschen Delegierten eine Reihe von Fragen, durch die verschiedene Punkte der deutschen Vorschläge aufgeklärt wurden. Sodann hat er die deutsche Delegation um eine bestimmte Auskunft über die Höhe des finanziellen Angebots, insbesondere der Jahreszahlungen.

Reichsminister Dr. Wirth stellte eine solche Antwort für den späten Nachmittag in Aussicht. Inzwischen hatten die deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Kohlenlieferungen an die Alliierten verhandelt und das Angebot in schriftlicher Form gemacht. Eine Einigung war nicht zustande gekommen.

In dem am Nachmittag beim Reichslanzler abgehaltenen Ministerrat wurde insofern beschlossen, gewünschte Auskunft in die gemischte Kommission zunächst zurückzugeben, bis in der Nachmittagsitzung des engeren Rates der Konferenz die Kohlenlieferung, die jedem wirtschaftlichen Angebot dienen müßte, festgestellt worden sei.

In der Sitzung des engeren Rates forderte der Präsident der Konferenz die deutschen Delegierten sogleich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Kohlenfrage auf. Reichsminister Dr. Simons entwickelte die Gründe, aus denen es der deutschen Regierung unmöglich sei, eine Zusage wegen Kohlenlieferungen zu machen, die auch die Zustimmung der Bergwerksunternehmer und insbesondere der Bergarbeiter habe.

Er machte auf den durch die Wäde geschwächten Gesundheitszustand der Bergarbeiter aufmerksam, der es ihnen unmöglich mache, Überarbeiten zu leisten und der eine weitere Steigerung der Produktion nur gestatte, wenn man die Ernährung verbessern und eine größere Anzahl angemessener Wohnungen schafft. Unter dieser Voraussetzung könne man zuwarten, das tägliche Lieferungsquantum am 1. Oktober 1920 um 12 000 Tonnen also auf 56 000 Tonnen und ab 1. Oktober 1921 um weitere 2 000 Tonnen auf 68 000 Tonnen zu erhöhen. Der Minister erklärte, daß eine weitere, nicht unerhebliche Steigerung möglich sein werde, wenn in Oberschlesien für Ruhe gestellt sei, so daß Überarbeiten geleistet werden könnten. Dazu sei erforderlich, den Abtransport von Kohle als möglich anzusehen, weil bis dahin die friedliche Arbeit durch Agitationen aller Art gehindert werde. Nach besser würde es sein — aber damit gebe er nur eine

Anregung, ohne einen Antrag zu stellen — wenn man die Abstimmung überhaupt aufhebe und über die Kohlenlieferungen an Polen und die anderen auf die oberste Kohle angewiesenen Länder unter Zustimmung der Alliierten eine Vereinbarung treffe. Diese Zustimmung sei notwendig, weil durch den Friedensvertrag für Frankreich, Italien und Belgien eine Art internationale Hypothek auf das deutsche Kohlenvorkommen unter gewissen Bedingungen geschaffen sei. Nach seiner Überzeugung würde auf diese Weise Polen von der deutschen Bergwerksverwaltung mehr Kohlen erhalten können, als wenn es die Verwaltung selbst in die Hand nehme. Die Abstimmung in Oberschlesien sei zwar zweifelhafter als die in Schleswig und Allenstein, sie werde aber von uns nicht gefährdet. Was wir fürchten sei nicht die Abstimmung, sondern die mit ihr verbundenen Unruhen und Verunsicherungen. Der Minister hat daher die Anregung zu folgen und eine neue Verhandlung in Erwägung zu ziehen.

Präsident de la Croix erwiderte, die Antwort habe die alliierten Regierungsmitglieder mit Behauern erfüllt und eine sehr ernste Lage geschaffen. Man habe gehofft, in Spa zu einem wirklichen Frieden zu gelangen. Der deutsche Außenminister habe das Vorrecht der Alliierten auf die deutsche Kohle anerkannt. Das Recht sei sehr maßvoll geltend gemacht worden, aber die deutsche Delegation lasse es unberücksichtigt. Unter diesen Umständen müsse er die Sitzung aussetzen und behalte sich vor, der Delegation den Vorschlag für einen neuen Termin mitzuteilen.

Verhandlungen der Kohlenachverständigen.

Ein neuer deutscher Vorschlag.

Spa, 13. Juli. Die deutschen Kohlenachverständigen hielten heute vormittag zwischen 10 und 12 Uhr eine Sitzung ab, der die alliierten Vertreter in halbamtlicher Form beiwohnten. Die deutschen Sachverständigen machten den Vorschlag, monatlich 1 100 000 Tonnen zu liefern. Diese Lieferung ab 1. Oktober auf 1 400 000 Tonnen zu erhöhen, falls eine Besserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland einträte, um schließlich auf eine Lieferung von 1 700 000 Tonnen zu kommen. Ihrem Ansatze fügte die deutschen Sachverständigen die Bedingung bei: Wenn Sie unsere Forderung anerkennen, ist es uns, wenn nicht, so ist es wahrscheinlich, daß die Forderungen nach der Konferenz von Genf noch herabgesetzt würden.

Ein Zwischenfall in Spa.

Der Vertreter von D. L. A. mißhandelt.

Spa, 13. Juli. Ein Zwischenfall, der auf die immer noch erbitterte Stimmung der belgischen Bevölkerung gegen die Deutschen zurückzuführen ist, aber keine politischen Folgen haben dürfte, ereignete sich in der letzten Nacht. Der deutsche Abordnung bezeichnende Vertreter des belgischen Telegraphenbureaus wurde ohne Anlaß von offenbar betrunknen Straßenpassanten überfallen und schwer mißhandelt.

Nach einer anderen Darstellung ging in der ersten Abendstunde der Vertreter des belgischen Telegraphenbureaus, Staatsminister A. D. Dornburg und mit einem anderen Herrn von der Kommission friedlich die Straße entlang. Plötzlich sprang ein belgischer Offizier auf die Herren zu und bestieg sie. Die Herren antworteten nicht, sondern versuchten auszuweichen. Im selben Augenblick kamen belgische Soldaten, die die Herren angreifen wollten. Dornburg und der andere Herr der Kommission wurden von Soldaten getrennt und dieser wurde mit Stockschlägen über den Kopf mißhandelt.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hört, ist die preussische Regierung von alliierten Seite dahin verständigigt worden, daß die Abstimmung in Oberschlesien Ende September oder spätestens Anfang Oktober stattfinden werde.

Neue Lebensmittelunruhen in Berlin.

Berlin, 13. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages kam es an verschiedenen Stellen Berlins zu Lebensmittelunruhen. Der Sicherheitspolizei gelang es, an allen Stellen die Ordnung wiederherzustellen.

Russisch-polnischer Krieg.

Amsterdam, 12. Juli. Die „Times“ melden aus Warschau: Polen spannt augenblicklich alle seine Kräfte an, um seine Verteidigung gegen die Bolschewisten zu organisieren. Gerüchte über eine Revolution in Warschau sind unbegründet. Dort finden lediglich Kundgebungen gegen eine vorzeitige Volksabstimmung in Oberschlesien statt. Ungefähr eine halbe Million Personen bedrängt Gotschewitsch haben sich freiwillig zu Kriegsarbeiten gemeldet. Davon sind 100 000 selbstdienfähig.

Polnischer Kriegsbericht.

Kopenhagen, 13. Juli. Nach einem Telegramm aus Warschau wird offiziell gemeldet: Die Polen haben die Linie längs des Wislufflusses ausgegeben. Die Bolschewisten haben jetzt das Festungswerk von Minsk erreicht. In der Gegend des Brijpet hat der General Belochowitsch die Nachhut der Bolschewisten eingeholt und vernichtet. Die Bolschewisten erlitten eine vollständige Niederlage und ließen 400 Tote, 200 Gefangene und großes Kriegsgerät zurück. Die Truppen Bolschewitsch haben die Streikkräfte Ludinns geschlagen. Diese sind nach Nowogrond geflüchtet. Eine bolschewistische Kavalleriebrigade wurde vollständig vernichtet. Die Polen eroberten acht Geschütze.

Bermittlungsvorschlag der Entente.

Paris, 13. Juli. „Journal des Debats“ meldet aus Spa, daß sich der Oberste Rat verpflichtet habe, zwischen Polen und Sowjetrußland wie folgt zu vermitteln: Polen und Rußland sollen dem Obersten Rat bedingungslos die Grenzfestsetzung überlassen, auch die Entscheidung hinsichtlich Danzig und Teilchen. Die polnischen Truppen sollen sich auf die Linie Kowno-Plesien-Litomisch zurückziehen. Die Sowjetrußland sollen 70 Kilometer entfernter davon vorrücken. Die Alliierten würden jedoch Polen unterstützen, falls die Polen Truppen die eigentliche polnische Grenze überschreiten. Die Sowjetrußland sollen in London stehenden mit Sowjetrußland, Finnland, Polen, Litauen und Estland.

Genf und Moskau.

Am 31. Juli beginnt der Internationale Sozialistenkongress von Genf. Der erste allgemeine Kongress der alten Zweiten Internationale nach dem Kriege. Nicht alle Geladenen werden kommen aber was erscheinen wird, wird zum mindesten genügen, halb Europa zu repräsentieren. Die englische Arbeiterpartei und die deutsche Sozialdemokratie werden die beiden starken Säulen des wiedererfolgten Zusammenschlusses bilden, Belgier, Holländer, Dänen und Schweden werden sich ihnen anschließen.

Die Bedeutung des Genfer Kongresses wird jedoch nicht allein in seinen offiziellen Vertretungen ruhen. Verschiedene sozialistische Parteien, wie die österreichische und tschechische, haben ihre Beteiligung nur darum abgelehnt, weil sie sich fürchten, den Streit um die Zweite oder die Dritte Internationale in ihrem Innern zu entzünden. Auch sie stehen in ihrer Mehrheit auf dem Boden des demokratischen Sozialismus und der Zweiten Internationale. Die Gedanken, die in Genf die beiden stärksten Arbeiterparteien Europas, die englische und deutsche, zusammenführen, haben zahlreiche Anhänger auch in jenen Parteien, die sich durch Mehrheitsbeschluß von Genf fernhalten, so in der italienischen Partei, in der französischen Partei und sogar auch bei den deutschen Unabhängigen. Viele haben das Band mit der Zweiten Internationale nicht aus eigenem Willen gerissen, sondern nur unter dem Druck taktischer Notwendigkeit und dem Diktat Moskaus. Infolgedessen wird der inoffizielle Besuch, den sozialistische Gruppen und einzelne bekannte Persönlichkeiten des Sozialismus dem Genfer Kongress abstatten werden, eine besonders starke Bedeutung besitzen.

Diejenigen, die triumphierten, die Zweite Internationale sei gebröckelt, werden am Ende doch nicht recht befallen. Und immer sie wirklich zurunde, so würde sie nicht, wie ihr vorausgesehen wurde, am sogenannten „Sozialpatriotismus“ zugrunde gehen sondern durch die zerlesende Kraft des Bolschewismus. In Genf werden deutsche, belgische und englische Sozialisten zusammentreffen, die während des Krieges zu ihrem Lande standen, und die gemeinsame Arbeit wird an Erinnerungen nicht scheitern. Wenn die Franzosen und die Italiener nicht kommen, so sind nicht die Nachwirkungen des Krieges daran schuld, sondern die unterschiedlichen Auffassungen über den Streitpunkt Demokratie oder Diktatur. Die früheren französischen Mehrheitssozialisten um Thomas und Renaudel dürften ebenso wie die italienischen Reformsozialisten in Genf inoffiziell vertreten sein.

Indes, wäre es den Gegnern der Zweiten Internationale gelungen, sie wirklich zu vernichten, so hätten sie auch wiederum nur ihre Fähigkeit im Fortleben bewiesen, während sie im Wiederaufbau kläglich versagen. Die Zweite Internationale sollte totgeschlagen werden der Dritten Internationale zuliebe, diese Dritte Internationale erweist sich aber immer mehr als ein lebensunfähiges, nur in der Einbildung bestehendes Gebilde. Schon ist davon die Rede, daß der hoffnungslose Neubau abgebrochen werde und ein alternativer, die Vierte Internationale, in Angriff genommen werden soll. Wir hätten dann glücklicherweise drei Internationalen nebeneinander: Die Internationale der demokratischen Sozialisten, Genf, die Internationale der Diktatursozialisten, Moskau, und die Internationale derer die nicht wissen, wohin sie gehören, die weder Fleisch noch Fisch sind, wie die deutschen Unabhängigen und die französischen Sozialisten um Longuet.

Ueber den Eintritt der Unabhängigen in die Dritte Internationale ist seit Jahresfrist hin und her verhandelt worden. Jetzt scheinen diese Verhandlungen endgültig gescheitert zu sein, da sich die Unabhängigen weigern, den von ihnen geforderten Zusammenschluß mit der kommunistischen Partei (Spartakusbund) zu vollziehen. Dieser Zusammenschluß sollte von einem rückhaltlosen Bekenntnis der Unabhängigen zu Gewalt, Bürgerkrieg, Diktatur und Terror begleitet sein. In der brutalsten Weise hat Moskau die Unterwerfung der Unabhängigen unter die russischen Auffassungen von sozialistischer Volksherrschaft gefordert und damit nur aufs neue die Nichtigkeit der Behauptung Kautskys bewiesen, man treue vom Bolschewismus zu gut, wenn man ihn den asiatischen Sozialismus nenne, man müsse sagen: der tatarische!

Die Unabhängigen können sich als Parteiganzes nicht in die russische Geistesmechanik stürzen, dazu sind die europäischen-sozialistischen Ueberlieferungen und die realpolitischen Erwägungen bei ihnen doch zu stark. Soll ein Anschluß eines Teiles von ihnen an Moskau erfolgen, so muß er mit einer neuen Parteipartition verbunden sein. Der linke Flügel der Unabhängigen wird sich dann mit den Kommunisten vereinigen, und der rechte wird irgendwo in der Luft hängen bleiben.

Da die Russen den linkssozialistischen der andern europäischen Länder natürlich dieselben barbarischen Bedingungen stellen wie den deutschen Unabhängigen, ist an ein ernstliches Zusammenarbeiten größerer sozialistischer Parteien in der sogenannten Dritten Internationale gar nicht zu denken. Diese sogenannte Internationale besteht in Wirklichkeit nur aus der in Rußland regierenden, etwa 100 000 Köpfe zählenden kommunistischen Partei und Heinzen Gruppen in

Europa, die als gehorsame in Knebeln honorierte Agenten Lenins und Tschickierins die Geschäfte der russischen Außenpolitik zu besorgen haben. Diese Internationale ruht auf dem Boden der Diktatur auf der einen Seite, der slavischen Abhängigkeit auf der andern. Sie ist lebensunfähig und zum Verderben verurteilt.

Wir aber wollen nach Genf geben, um eine sozialistische Internationale wieder aufzurichten, die auf dem freien Willen und der freien Ueberzeugung aller ihrer Teile beruht.

Politische Uebersicht.

Die Abstimmung in den Ostprovinzen.

Berlin, 13. Juli. Nach dem amtlichen Ergebnis wurden in Westpreußen für Deutschland 96 889 Stimmen abgegeben, für Polen 7977. Im ganzen wurden 104 889 Stimmen abgegeben. Für Deutschland stimmten 92,4 Prozent, für Polen 7,6 Prozent.

Königsberg, 13. Juli. Die aus dem ostpreussischen Abstimmungsgebiet einlaufenden Berichte befanden, daß der glänzende Sieg des Deutschtums überall große Begeisterung hervorgerufen hat. Die einzelnen Ergebnisse, die ein überwältigendes Uebergewicht über die fast völlig verschwindende polnische Minderheit aufwiesen, wurden bei der Bekanntgabe jubelnd begrüßt. Mehrfach wird berichtet, daß noch in der Nacht Umzüge mit Feuern stattfanden.

Obwohl von vornherein ein für Deutschland günstiges Abstimmungsergebnis im Osten zu erwarten war, bringt das nunmehr vorliegende Gesamtergebnis mit seinen 92 Prozent deutschen Ueberzahl eine erfreuliche Ueberbahrung. Alle Schranken und Erschwerungsversuche der Polen, aber auch die Schwierigkeit des Transportes der Abstimmungsunterlagen an die Abstimmungsorte haben an dem günstigen Ergebnis nichts zu ändern vermocht. Wenn immer von rechtsstehender Seite behauptet wird, die Revolution habe Deutschland nur geschadet, so kann doch auch bei ruhiger Einschätzung das Ergebnis im östlichen Deutschland mit Genugtuung als ein Erfolg der deutschen Republik gebacht werden. Wenn die gewaltige Mehrheit der dortigen Bevölkerung sich für die deutsche Sache ausspricht, obwohl sicher von einem Teil von ihr die herabwürdige preussisch-junkertliche Ostmarkenpolitik, der Sprachenparagraf und viele andere Mißgriffe nicht vergessen war, so deshalb, weil sie Vertrauen zu einer freiheitlichen Entwicklung im Rahmen der deutschen Republik besitzt.

Neben dem Willen zum Deutschtum haben zweifellos die außenpolitischen Ereignisse der letzten Wochen und Tage wesentlich zu dem Abstimmungsergebnis beigetragen. Die unaufhörlichen Niederlagen Polens gegen die Bevölkerung, daß sich hinter den großen polnischen Worten nur schwächliche Taten, nur ein völlig desorganisiertes Staatswesen mit fast anarchischen Zuständen verbarg. Die Ereignisse in Spa, die in Deutschland, wie man beobachten kann ein lautes Echo erwecken als die Konferenz von Versailles, mag außerdem die Liebe zu dem bedrohten Vaterlande in manchem erweckt haben, dem beratige Probleme sonst fern lagen. Für die Polen ist das Abstimmungsergebnis jedenfalls ein schwerer Schlag, und sie werden bei ihrer künftigen Politik Deutschland gegenüber nie vergessen dürfen, ihn in ihre Rechnung zu stellen.

Wenn wir das Ergebnis der Abstimmung in den östlichen Teilen unseres Vaterlandes mit Freude begrüßen, so deshalb, weil wir in ihm eine Möglichkeit mehr sehen, die deutsche Republik in freierheitlichem Sinne auszugestalten, und weil wir uns bewußt sind, daß gerade im deutschen Osten viele Sünden von einst wieder gutgemacht werden müssen.

Zur Aufhebung der Einwohnerwehren.

Wie berichtet, ließ die bayerische Regierung durch die Presse verbreiten, sie könne unter keinen Umständen auf die Einwohnerwehren verzichten. Diese ihre Auffassung ändere sie auch auf Grund der aus Spa eingelaufenen Nachrichten nicht. Die württembergische Regierung hat eine ähnliche Erklärung abgegeben.

Auf diese Seitenstünge antwortet der badische Minister des Innern Memmele in einem bemerkenswerten Leitartikel der „Karlsruher Zeitung“, u. a. wie folgt:

„Man mag es mir in Württemberg und Bayern nicht verzeihen, wenn ich sage, daß durch beratige Erklärungen der Sache des deutschen Volkes schlecht gedient ist. Mit der Leistung weiterer Widerstandes gegen die von der Entente uns auferlegten Verpflichtungen befreit man in politischer Hinsicht die Stellung

des deutschen Volkes nicht. Man ließt nicht nur der Entente die Waffen zu Vergeltungsmahnahmen, sondern auch der Exposition in Deutschland außerordentlich billigen Agitationsstoff. Mir ist aus einer Reihe von Beobachtungen ganz klar, daß die Franzosen in der deutschen Unabhängigen Presse die beste Nachrichtenüberbringerin von den in Deutschland vorgehenden Dingen haben. Jedes Gewehr, das gelegentlich einmal in einem Bauernorte an das Licht des Tages gebracht wird, findet in der unabhängigen Presse eine Notierung. Die Kommandostellen der französischen Besatzungsarmee der Pfalz z. B. wissen solchen Nachrichtenbericht hoch zu schätzen. Wenn in jüngster Zeit von den Einwohnern von der Inselbühnen von Badstücken zum Zwecke der Durchführung der Entwaftung von einer Besatzung des Mannheim-Heidelberger Gebietes gesprochen wird, so klingt dies in politischer und militär-technischer Hinsicht gar nicht unwahrscheinlich.

Als vor einigen Monaten zum ersten male die Entente mit ihrer Forderung auf Entwaftung der Einwohnerwehren heraustrat, hat die badische Regierung sofort mit dem Einzug der Waffen und der Unterbringung in sicherem Gewahre begonnen.

Wenn, wie in Bayern sich im Besitze der Einwohnerwehren über 200 000 Gewehre befinden, so bedeutet das für jede Regierung eine ebenso große Gefahr, als wenn umgekehrt die Forderung der Kommunisten auf Bewaffung des Proletariats erfüllt wäre. Man spricht nicht umsonst von der in Bayern vorhandenen Gefahr einer Wiederausruftung der Monarchie. Man wird auch nicht den Verdacht los, daß die bayerische Regierung deshalb so sehr an der Einwohnerwehre feißhält, weil diese sich nicht entwaften lassen will und weil offenbar die Regierung nicht die Kraft in sich fühlt, diese Entwaftung durchzusetzen.

Wie dem auch sei, wir Bayern als Grenzlandbewohner haben nicht Lust, die Gefahr feindlicher Invasion dauernd zu tragen und uns dadurch wirtschaftlich dauernd schädigen zu lassen, weil weiter weg von der feindlichen Grenze man mit dieser Gefahr nicht rechnen gelernt hat. Wir müssen von der Reichsregierung die prompte Erfüllung des in Spa gegebenen Wortes erwarten und das auch deshalb, weil sich immer mehr herausstellt, wie verfehlt die deutsche Politik letzten Endes ist, wenn die politisch führenden Kreise nicht endlich mehr mit Ja oder Nein und mit Entweder—Oder arbeiten lernen. Neben Resolutionen und Proteste kräftigen Deutschlands Stellung im Weltkongress nicht. Alle Halbheiten schwächen die innere Kraft des Volkes und schwächen auch das Vertrauen in unsere Ehrenhaftigkeit.

Unabhängiger Steuerwirth.

Die U.S.B. spielte sich während des Wahlkampfes als Gegner aller indirekten Steuern auf. Ihre Redner beschuldigten uns des Verrats am Erfurter Programm, weil wir in der Nationalversammlung nicht restlos alle indirekten Steuern abgelehnt hätten. Unsere Stellung ist bekannt. Wir lehnen die indirekten Steuern als eine recht unerwünschte Steuerart an, die sich leider infolge der katastrophalen Lage unserer Wirtschaft nicht durch direkte Steuern restlos erheben ließ. Nun bekennen sich auch die Unabhängigen zu indirekten Steuern.

Die „Leipziger Volkszeitung“ beschäftigt sich in einem Artikel „Die Steuerpolitik in den Gemeinden“ mit der grundsätzlichen Frage, ob direkte oder indirekte Steuern. Es wird dabei auf das Erfurter Programm verwiesen, das die Abschaffung jener indirekten Steuern verlangt, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern. Also nicht alle indirekten Steuern sind zu verwerfen. Zur Veranschaulichung wird auf die Reichssteuer des Wohlwollen Wurn verwiesen, die dieser dem Parteitag in Jena 1913 vorgelegt hat und die damals angenommen worden sind. Es heißt in diesen Leitätzen:

„Also nicht danach, ob der Steuerzahler und der Steuerträger derselbe ist und ob nach der Erhebungsform die Steuer direkt ist, haben wir zu richten. Es gibt direkte Steuern — der Erhebungsform nach — die wir bekämpfen müssen, und es gibt indirekte Steuern — ihrer Erhebung nach — für die wir eintreten können.“

Zusammenfassend äußert sich die „Leipziger Volkszeitung“ zu der Frage, ob direkte oder indirekte Besteuerung, in diesen Sätzen:

„Die Unabhängige Sozialdemokratie hat bisher noch keine Zeit gefunden, auf einem Parteitage Stellung zur Steuerfrage zu nehmen, aber die wörtliche Uebnahme des Satzes aus dem Erfurter Programm in das Aktionsprogramm unserer Partei läßt darauf schließen, daß sie auch an der Haltung zu der Steuerfrage, die die Sozialdemokratie vor der

Spaltung eingenommen hat, nichts ändern wollte. Demnach ist also die Frage, ob unsere Parteigenossen indirekte Steuern bewilligen sollen, keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik, der Zweckmäßigkeit.“

Man muß daran denken, daß in Leipzig die Unabhängigen für die Finanzpolitik der Gemeinde verantwortlich sind, um zu verstehen, warum sie nicht mit großen Worten arbeiten, sondern den Tatsachen Rechnung tragen.

Die Senatswahlen in Bremen.

Zum Wahlsieg der Unabhängigen in Bremen wird dem „Vorwärts“ von dort berichtet: Die Sozialdemokratie erklärte sich zu einer Regierung der beiden sozialistischen Parteien bereit, die auch ohne die Kommunisten einige Mandate mehr hat als alle bürgerlichen Parteien zusammen. Die Unabhängigen haben aber die rein sozialistische Regierung abgelehnt. Sie fanden zwar Widerspruch in den eigenen Reihen, und selbst die Bremer Kommunisten erklärten die Verhinderung der rein sozialistischen Regierung, die auf parlamentarischem Wege zu bilden war, durch die U.S.B. als Arbeiterverrat. Die U.S.B. würde in einer rein sozialistischen Regierung auf Grund des Wahlergebnisses ein starkes Uebergewicht gehabt haben. Trotzdem blieben die Unabhängigen Führer bei der Ablehnung der sozialistischen Regierung. Heute erklärte ihre Ausführenden für unklar. Der Vorsitzende der unabhängigen Bürgerfraktion, Senatsmitglied Dr. Klantler, bis zum November 1918 eine Stütze des bremischen Adlaffen-Regiments, erklärte die gegenwärtige Verfassung für „zu große Hindernisse des revolutionären Wirtens“ in einer sozialistischen Regierung. Die Unabhängigen haben eben noch eine zu lebhaft Erinnerung an den Bankrott ihrer Regierungskunst in der bremischen Republik der ersten Revolutionsmonate, die bereits vor dem unglückseligen Einmarsch der Reichstruppen zu einem vollständigen Chaos geworden war.

Da unsere Partei mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen wollte, blieb nichts anderes übrig, als den bürgerlichen Parteien die Regierungsbildung zu überlassen. Volkspartei und Demokraten, die zusammen etwa 60 von 120 Bürgerfraktion haben, werden einen rein bürgerlichen Senat bilden. Der Sozialdemokratie, die das Jüngste an der Waage bildet, wird die Aufgabe zufallen, im Senat Revolutionen der Arbeiterschaft und einen Abbau der Herrschaft seit dem November 1918 fernzuhalten. Ihre Wirksamkeit ist aber dadurch gelähmt, daß auf Grund des „Sieges“ der Unabhängigen ein besserer Senat nicht gebildet werden kann. Jegendeine Regierung muß aber zur Erhebung des Staatsauschaltens und der dringendsten finanziellen und kommunalen Aufgaben gebildet werden.

Sind diese dringendsten Aufgaben erledigt, so dürfte sich die Regierung der bürgerlichen Mehrheit kaum mehr halten und die U.S.B. rüden daher bereits wieder in nächste Nähe. Schon heute kann gesagt werden, daß dann die U.S.B. die Leitung für ihr Verhalten bekommen wird, das trotz sozialistischer Mehrheit einer rein bürgerlichen Regierung unter volksparteilicher Führung in den Sattel half.

Badische Politik.

Der Verbraucherkammer-Erhwurf im Landtagsauschuh.

Die badische Regierung hat bekanntlich schon vor längerer Zeit, besonders auf Veranlassung der Organisations, die die Interessen der Konsumenten während und nach dem Krieg wahrzunehmen haben, einen Gesetzentwurf ausgearbeitet der den Zweck hat, zur Wahrnehmung der durch die Verbraucherorganisationen vertretenen Interessen der Verbraucher eine Verbraucherkammer mit der Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts zu errichten. Man hatte die Beratung des Gesetzentwurfs zurückgestellt, weil man sich insofern im Reich mit der Regelung der Materie durch Einrichtung des Reichswirtschaftsrats mit den Bezirkswirtschaftsräten befaßt hat. In seiner gestrigen Sitzung nahm der Landtagsauschuh für Rechtspflege und Verwaltung grundsätzlich dazu Stellung, ob nun in die Beratung des Gesetzentwurfs eingetreten und das Gesetz vor Ablauf der Landtagssession, also bis Ende dieses Monats, verabschiedet werden, oder ob die Materie eine besondere Behandlung erfahren soll. Nach einer eingehenden Aussprache, an der sich der Minister des Innern und die Vertreter der einzelnen Fraktionen beteiligten, wurde einmüthig ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der sich dafür ausspricht, daß, nachdem die letzte Stellungnahme der Fraktionen schon geräume Zeit zurückliegt und insofern durch das Vorgehen des Reichs auf dem in Frage kommenden Gebiet eine neue Situation geschaffen sei, sollen die Fraktionen des Landtags erneut heute darüber beraten, in welcher Weise der Gesetzentwurf geschäftlich behandelt werden soll. Auf Grund

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjew.

Als Wasaroff eines Tages wieder eine solche Rede gehört hatte, zuckte er verächtlich die Achseln und ging fort, der Bauer aber trat ruhig wieder in seine Sätte.

„Worüber hat er mit dir gesprochen?“ fragte ihn ein anderer Bauer, ein Mann von mittlern Jahren und mit finstern Gesicht — er hatte ihn von der Schwelle seiner Hütte aus mit Wasaroff reden sehen. „Wollte Rückstände betreiben, he?“

„Ach was Rückstände, Freund!“ antwortete der erste Bauer, und seine Stimme hatte keine Spur mehr von patriarchalischer Naivität, sondern ließ im Gegenteil eine gewisse unfremdbliche Klarheit durchblicken: „hat mit mir geschwätzt, weil ihn vermutlich die Junge kitzelte. Du weißt, wie die Herren sind; verleben die denn etwas?“

„Woher sollten sie etwas verstehen?“ antwortete der andere, und dann schüttelten sie ihre Köpfe, ließen die Gürtel herunter und begannen von ihren Geschäften zu reden.

O dieser junge Mann voller Selbstvertrauen, der sich soeben mit verächtlichem Achselzucken entfernt hatte und der so gut mit den Bauern zu reden verstand (wie er sich in einem Streit mit Paul Petrovitch gerührt) — Wasaroff hatte keine Meinung davon, daß diese ihn nur für einen Landstroluch hielten.

Endlich fand er eine Beschäftigung. Eines Tages verband Wasaroff mit ihm in seiner Gegenwart das verwundete Bein eines Bauern. Die Hände des Greises zitterten und er vermochte den Verband nicht zu befestigen; sein Sohn kam ihm zu Hilfe, und seitdem hörte er nicht auf, seinen Vater in der Praxis zu unterstützen ohne aber darum zu unterlassen, über die Mittel, die er selbst anriet, und über den Eifer, mit dem sein Vater sie anwandte, sich lustig zu machen. Aber diese Scherze ärgerten Wasaroff nicht im mindesten; er hatte im Gegenteil seine Freude daran. Mit zwei Fingern die Schöße seines alten

Schlafrods zurückhaltend und ununterbrochen seine Pfeife rauchend, hörte er Wasaroff mit wachrem Hochgenuß zu, und je boshafter die Ausfälle seines Sohnes waren, desto herzlicher lachte der glückliche Vater, wobei er seine sämtlichen schwarzen Zähne zeigte. Er ging sogar so weit, diese Ausfälle denen zuweilen Sinn und Pointe fehlte, zu wiederholen; so jagte er zum Beispiel mehrere Tage lang bei jeder Gelegenheit: „Nun, das ist für die neunte Stunde!“ — lediglich deshalb, weil sein Sohn, als er gehört, daß er in den Frühgottesdienst gegangen war, diesen Ausdruck gebraucht hatte. „Gott sei Dank! Entschuldigt ist über seine Schwermut hinweg!“ raunte er seiner Frau zu; „wie er mich heute morgen abgefanzelt hat — es war eine wahre Freude!“

Und dann der Gedanke, einen solchen Gehilfen zu haben! — er erfüllte ihn mit Stolz, setzte ihn geradezu in Entzücken.

„Ja ja,“ sagte er zu einer alten Bäuerin, „die ihn in dem Armial“ ihres Mannes und mit einer Kitzel“ auf dem Kopfe konjunkt hat, als er ihr ein Glas Meiwasser und ein Töpfchen Pflanzkrautsalbe übergab, „du sollst alle Tage Gott dafür danken, meine Güte, daß er meinen Sohn dierher gesandt hat; du wirst jetzt nach der gelehrtesten und neuesten Methode kuriert — verstehst du auch, was das heißen will? Selbst Napoleon, der Kaiser der Franzosen, hat keinen bessern Rat.“

Die Bäuerin, an die er diese Rede richtete und die gekommen war, um sich darüber zu beklagen daß sie sich, wie von Käuflichen emporgehoben“ fühlte — den Sinn dieses Ausdrucks vermochte sie übrigens selbst nicht zu erklären — die Bäuerin machte nur eine Verbeugung, griff in den Hüfen und zog ihr Kringsel hervor, nämlich vier in die Ecke einer Serviette eingewickelte Eier.

Einmal riß Wasaroff sogar einem mit feinen Waren herumreichenden Kaufmann einen Zahn aus, und obgleich

*) Aermelloser Rod.

**) Kopfichuh der russischen Bauern.

dieser Zahn durchaus nichts Merkwürdiges hatte, bewahrte Wasaroff Ivanowitch ihn doch als eine Seltenheit auf, und als er ihn Vater Alexis zeigte, wiederholte er mehrmals: „Sehen Sie, welche Wurzel!“ Er hat eine famose Faust, mein Engel! Wie er den Kaufmann in die Luft hob! ... Ich glaube, selbst ein Eichbaum hätte nicht widerstanden!“

„Die Leistung verdient alles Lob!“ sagte kühllich Vater Alexis, der nicht wußte, was er antworten und wie er der Ehre des alten Mannes ein Ende machen sollte.

Ein Bauer aus einem benachbarten Dorfe brachte eines Tages seinen Bruder, den der Lypus hatte, zu Wasaroff Ivanowitch. Der Unglückliche lag auf einem Bund Stroh und war bereits am Sterben; sein ganzer Körper war mit schwarzen Flecken bedeckt; das Bewußtsein hatte er schon lange verloren. Wasaroff Ivanowitch drückte sein Bedauern darüber aus, daß man nicht fröhler daran gedacht, sich an einen Arzt zu wenden, und erklärte, daß keine Rettung mehr möglich sei. In der Tat konnte der Bauer nicht mehr lebend nach Hause zurückgeschafft werden; er starb schon unterwegs.

Drei Tage später kam Wasaroff zu seinem Vater und fragte ihn, ob er keinen Höllestein habe.

„Ja; was willst du damit?“

„Ich brauche ihn ... um eine kleine Wunde zu äßen.“

„Wer ist denn verwundet?“

„Ich selbst.“

„Wie, du selbst! Wie ist denn das gekommen? Was ist für eine Wunde? Laß mal sehen!“

„Hier, am Finger. Ich begab mich heute morgen nach dem Dorfe, aus dem man uns den Typhusfranken gebracht hatte. Man wollte, ich weiß nicht warum, die Leiche öffnen lassen, und ich hatte diese Art von Operation lange nicht ausgeführt.“

„Nun?“

„Ich hat den Kreisarzt, mich damit zu beauftragen, und da habe ich mich geschritten.“

(Fortsetzung folgt.)

dieser Entschlossenheit ...

Zeit viele ...

Der Führer ...

wird uns ...

Im ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die Entschädigungen wird dann der Landtagsausschuss in den nächsten Tagen erneut über die Art der Erledigung des Gesetzentwurfs beschließen.

Strafe für Jugenddelinquenz.

Seit vielen Jahren sieht Fritz Mauthner friedlich in Meersburg am Bodensee in dem „Glosterhäusle“, in dem einst Anneke v. Droste-Hülshoff gedichtet hat, und läßt von da wissenschaftliche Werke abgeklärter Weisheit in die Welt geben. Am letzten Winter beging er seinen 70. Geburtstag. Meersburg, das exalteriale, machte ihn deshalb zum Ehrenbürger! Es war stolz auf seinen berühmten Mitbürger, ohne sich sonderlich darum zu kümmern, woher sein Ruhm stamme. Aber unglücklicherweise erwähnten einige der zahllosen Artikel, die den 70. Geburtstag behandelten, auch die hier und da etwas „feinerische“ Vergangenheit Mauthners. Und in einem dieser Artikel wurde gar der Allmächtige von Meersburg, der Stadtpfarrer, in wenig respektvoller Weise erwähnt. Nun war es nach der „Welt am Montag“, der wir diese Mitteilung entnahmen, aus, wobei nach dem Berliner Blatt folgende Erwähnung einsetzte:

Der Führer der Meersburger Merikalen Stadtverordneten, ein hiesiger Handwerker, beantragte, Mauthner die eben erwähnte Ehrenbürgerwürde wieder zu entziehen, nachdem man inzwischen näheren Einblick in seine Schriften genommen habe. Der Stadtpfarrer aber begann an Gräbern und von der Saugel herunter seltsam dunkle Andeutungen in seine Reden zu verstreuen, Andeutungen, die von den „Gläubigen“ nicht gerade als Aufforderungen zu Verdächtigungen an den Einzeln in Meersburg verstanden wurden. Und Vatermörder wurden angelehrt, damit das Vergessen von der Gemeinde genossen werde. Und siehe da: die katholischen Dienstmädchen kündigten Mauthner ohne Angabe von Gründen, und an seinem Bestimmungsorte wurden Vorfälle vorgekommen, und wenn der Wein den naderen Meersburger Bürgern die Zunge gelöst hatte, dann taten sie sonderbar wilde Ausrufungen — „parteilichste“ und „hässlichste“, würde mancher je nach seinem Standpunkt sagen. Nur daß das Objekt dieser blutrünstigen Ausrufungen weder die Kapitulanten noch die Juden im allgemeinen, sondern immer nur der eine Kezer Mauthner war.

Zur Kinderverorgung.

Wir sind geschrieben: Durch die Presse ist die Notlage jenseits, es seien zu Beginn dieses Jahres große Mengen Juden aus Deutschland nach England ausgeführt worden. Wie festgestellt werden konnte, handelte es sich um Juden aus Böhmen, der für England bestimmt war und Deutschland lediglich auf dem Transportwege berührt hat. Eine Ausfuhr von aus inländischen Zuckerrüben hergestellten Zucker kann schon deshalb in erheblichem Umfange nicht mehr in Frage kommen, weil die ganze Inlandszuckerzeugung kaum mehr zur Deckung des Inlandsbedarfes ausreicht. Dies ergibt sich aus einer Gegenüberstellung folgender Zahlen:

Im Wirtschaftsjahre 1913/14 hat Deutschland über 11 Millionen Doppelzentner im Inland erzeugten Zuckers (Rohzucker) ausgeführt; im Inland wurden beinahe 15 Millionen Doppelzentner verbraucht. Einer Friedenszuckerzeugung von insgesamt rund 27 Millionen Doppelzentner Rohzucker steht im letzten Wirtschaftsjahre 1919/20 eine Gesamtzuckerzeugung von 6900 000 Doppelzentner gegenüber, also nicht einmal mehr die Hälfte des Friedensverbrauches im Inlande. Dieser gewaltige Rückgang in der Zuckerzeugung ist zurückzuführen auf den Rückgang des Zuckerrübenanbaus (Anbaufläche vor dem Kriege 560 000 Hektar, gegenüber 267 000 Hektar im Jahre 1919/20) und auf die Einschränkung der Produktion; verursacht sind diese Erscheinungen durch das Fehlen geeigneter Arbeitskräfte, sowie der nötigen Düngemittel und durch den Mangel an Kohlen und Transportmitteln, nicht zuletzt auch durch das Niederkriechen der Preise für die Zuckerrüben.

Aus obigen Zahlen ergibt sich auch, daß es sich bei den Zuweisungen an die Marmeladefabriken und die Süßwarenindustrie nicht um so gewaltige Mengen handeln kann, wie vielfach angenommen wird. Die Gesamtzuweisung an Zucker für die Marmeladefabriken betrug in dem laufenden Wirtschaftsjahre 225 000 Doppelzentner (gegenüber 1 950 000 Doppelzentner im Vorjahr) an Inlandszucker und 175 000 Doppelzentner an Auslandszucker. Das ergibt rund 1 Pfund Inlandszucker und rund 1/2 Pfund Auslandszucker auf den Kopf der Bevölkerung. Zudem sind diese Mengen bereits zu 1/2 ausgegeben. Ganz kann die Vorsehung der Marmeladefabriken nicht eingeteilt werden, denn in Norddeutschland besteht ein harter Bedarf an Marmelade als Brotbackmittel, auch würde durch die Nichtbelieferung eine beträchtliche Anzahl Arbeiter betroffen werden. Dem Antrag Baden, statt Marmelade Zucker zuzusenden, ist nicht stattgegeben worden, wie auch ein gleichgerichteter Antrag Württembergs entgegen der in der Presse mehrfach geäußerten Behauptung abgelehnt worden war. Für die Süßwarenindustrie, die auf 15 Prozent des Friedensumfanges beschränkt ist und in Baden allein 600—800 Arbeiter beschäftigt, sind im ganzen Deutschen Reich an Inlandszucker im laufenden Wirtschaftsjahre 140 000 Doppelzentner (gegenüber 427 000 Doppelzentner im vorigen Jahre) und an Auslandszucker 110 000 Doppelzentner zugewiesen worden; also auch hier eine Menge, die auf den Kopf der Bevölkerung berechnete keinen erheblichen Ausschlag gibt. Zur Herstellung von Fruchtwein und Fruchtstark wird in diesem Jahre Inlandszucker nicht ausgegeben.

Schließlich sei noch erwähnt, daß eine wesentliche Besserung in der Zuckerverorgung durch Steigerung der Einfuhr in fühlbarem Maße nicht herbeigeführt werden kann, da in der ganzen Welt Zuckerknappheit herrscht und die Weltmarktpreise für Zucker dementsprechend hoch sind, was bei dem Stand unserer Valuta verstärkt ins Gewicht fällt. Immerhin wird zurzeit versucht, eine kleinere Menge Auslandszucker für eine Sonderausgabe zu kaufen.

Die Katastrophe in unserer Arbeitererziehung. Zu dem unter vorstehender Ueberschrift in der Nr. 155 vom 8. ds. Mts. abgedruckten Artikel wird uns von der Arbeitersgemeinschaft der mittleren technischen Vereine Baden und der Studierenden des Staatstechnischen Instituts geschrieben: Der Ueberschuldentitel der Gewerbeschulen ist ausgetrieben und die gewerblich-wirtschaftliche Arbeitererziehung wird sich deshalb künftighin mit 2—4 Stunden wöchentlichem Gewerbeschulunterricht begnügen müssen. Die Kulturarbeit am gewöhnlichen Elementum des Volkes wird eingestellt; die weitverbreitete geistige Erziehung des Arbeiters, die jetzt beginnen sollte, wird infolge des Gewerbeschulstillschließens vernichtet. Was bedeutet dies für die soziale und gesellschaftliche Stellung des Arbeiters, für das ganze Wirtschafts- und Staatswesen? Unübersehbar sind die Folgen, und es ist dringende Pflicht der maßgebenden Stellen, sachdienlichste Maßnahmen zu treffen. Wenn die Regierung schon seit Jahren darauf hingewiesen wurde, daß der Gewerbeschulmangel zu einer Katastrophe führen müsse und sie trotzdem unterließ die Abhilfe zu schaffen, so ist dies ein Kapitalfehler. Pflicht der jetzigen Regierung ist es, die Hilfswellen zu erschließen, um den Gewerbeschulmangel so rasch wie möglich zu beheben. A. V. können Wohlthäter und Studierende der Technischen Hochschule in 4—tägiger besonderer Ausbildung an Gewerbeschulern herangezogen werden. Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalt, die in Gewerbe und Handwerk aufsteigenden sind, müßten in 1/2-tägiger Weiterbildung in allgemeinbildenden und schulfachmässigen Fächern brauchbare Gewerbeschüler werden. Die Ausbildungs-

Deutschlands Wiedergutmachungsvorschlag.

Spa, 12. Juli. Der vorgelegte deutsche Plan für die Sachleistungen gemäß Artikel 236 und Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages lautet:

a) Deutschland ist auf Grund des Artikels 236 und der §§ 1 bis 4 der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages verpflichtet, zum Zwecke der unmittelbaren Wiederherstellung der vom Kriege betroffenen Gebietsteile der alliierten und assoziierten Mächte, diesen nach näherer Bestimmung des Wiedergutmachungsausschusses Material zu liefern, dessen Wert auf die Wiedergutmachungsschuld angerechnet wird. Der Wiedergutmachungsausschuss hat diese Lieferungen noch nicht festgelegt. Der deutschen Regierung sind bisher lediglich die Anforderungslisten der beteiligten Staaten zur Ausrüstung mitgeteilt worden. Diese Listen, die die verschiedensten Gegenstände vom Fischfang über Vieh, jeder Art Rohstoffe, industrielle Erzeugnisse bis zu ganzen Fabriken umfassen, haben eine eingehende Durchprüfung erfahren, die im wesentlichen beendet ist, so daß die darüber mit dem Wiedergutmachungsausschuss zu führenden Verhandlungen demnächst beginnen können. Dabei wird genau festzustellen sein, welche Lieferungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig angefordert werden, und welche mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, insbesondere den Mangel an Rohstoffen, ganz oder zum Teil unausführbar sind.

Organisation der gesamten Industrie.

b) Um eine möglichst beschleunigte und reibungslose Durchführung der Lieferungen sicherzustellen, erscheint folgender Plan zweckmäßig:

1. Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie, einschließlich des Handwerks, für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art: a) Soweit die Anforderungen Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergebung durch Fachverbände der Industrie. Die Liste der bereits bestehenden Fachverbände ist aus der als Anlage beigefügten Uebersicht über den Aufbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu ersehen. b) Soweit es sich um Massenartikel (sogenannte Katalogware) handelt, an deren Herstellung aus Handwerk und Kleingewerbe beteiligt ist, werden die Lieferungen durch eine Ausschussstelle auf die einzelnen Länder des Reichs verteilt. Die Länder vergeben die Lieferungen durch besondere Auftragsämter an Industrie und Handwerk.

2. Die Sachlieferungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen, damit die Auftragsämter und Fachverbände den gestellten Anforderungen gerecht werden können, in welchem Umfange und in welcher Weise die Anrechnung der Sachlieferungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt.

3. Die Spezialaufträge werden zwischen den mit der Verteilung beauftragten Stellen und Verbänden der Lieferenden unternehmer einerseits und durch die von der deutschen Industrie geschaffene Vermittlungsstelle für Wiedergutmachungsaufträge andererseits vermittelt. Die Vermittlungsstelle ist bereits eingerichtet, sie befindet sich in Frankfurt am Main, Guterstr. 8. Die Art, wie die verschiedenen Fachverbände und Regierungsstellen mit den Verbänden und Interessentenvereinigungen der geschädigten Länder zusammenarbeiten, ist näher festzustellen.

4. Voraussetzung ist, daß in paritätischer Arbeitsgemeinschaft von den Arbeitgebern und assoziierten Mächte eine doppelte Organisation geschaffen wird, die eine für die Prüfung der Aufträge und die andere für die Empfangnahme der Lieferungen.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Sicherheitsmaßnahmen sind gegen die Mißbräuche auszuarbeiten, die sich bei bürokratischer Vermittlung von privaten Geschäften einschleichen.

7. Einer der Sachverständigen zu bildenden Kommission — eine Liste der Mitglieder kann deutscherseits alsbald vorgelegt werden —, zu der nötigenfalls Regierungsvertreter zugezogen werden können, wird die Prüfung des Planes und seine Durchführung übertragen. Der Kommission werden Unterkommissionen für die einzelnen Warengruppen angegliedert. Sie soll sofort an die Arbeit gehen.

Endgültige Regelung.

1. Die deutsche Regierung sieht den Zweck der jetzigen Verhandlungen darin, daß versucht werden soll, zu einer vereinbarten endgültigen Regelung ihrer gesamten Reparationspflichten zu gelangen.

2. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen, die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein sehr erhebliches höheres Betrag gezahlt ist. Unterlegen stehen zur Verfügung.

3. Eine Regelung für die Zukunft, die die deutsche Regierung als erfüllbar anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Etat zu balancieren. Somit werden rasch wieder weitere schwebende Verzinsung und Inflation jede Leistungsfähigkeit untergraben.

4. Für je müßten sogleich, spätestens aber kommenden Winter beginnen, und man könnte so damit rechnen, daß bis übernächsten Winter der größte Gewerbeschulmangel behoben sein wird. Wir appellieren an das Verantwortlichkeitsgefühl der Regierung, die geistige Ausbildung der wertvollsten Jugend nicht offensichtlich leichtfertig zu behandeln und unüberzählige Schritte in die Wege zu leiten, die den eingetretenen Mißstand beseitigen.

Richtigstellung. Der von uns in der Nr. 157 gebrachte Artikel „Der badische Bauernverband“ beginnt mit den Worten: „Die vom Bund der Landwirte ausgehaltene Zeitung des Bad. Bauernverbandes...“ Die Geschäftsstelle des Badischen Bauernverbandes, Bund der Landwirte, teilt uns mit, daß zwischen dem Bund der Landwirte und dem Badischen Bauernverband keine Beziehungen bestehen. — In der gleichen Nummer unseres Blattes hatten wir in einem anderen Artikel geschrieben, daß die badische Landwirtschaftskammer den bauernverbändlichen Ablieferungsamt... Bauern Büro und Beamte zur Verfügung gestellt hat. Diese Bemerkung ist irrtümlich; es sollte nicht heißen „bauernverbändlich“, sondern „bauernverbändlich“.

4. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit berweist die deutsche Regierung auf die überreichten Denkschriften. Sie geht davon aus, daß insbesondere keine weitere Schwächung der Grundlagen der schon stark geschwächten deutschen Volkswirtschaft eintritt und die unentbehrlichen weltwirtschaftlichen Hilfsquellen wieder gewonnen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel Düngemittel und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können.

5. Wird die deutsche Leistungsfähigkeit zugrunde gelegt, so ergibt sich folgendes:

a) Die Entschädigungspflicht ist in Annuitäten auszudrücken! Die Mindesthöhe der Annuität ist festzustellen.

b) Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrage von Versailles begrenzten Frist von 30 Jahren begrenzt.

c) Die Mindestannuität ist derart zu bemessen wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen nach dem Vertrage von Versailles, also insbesondere auch die Verpflichtung zur Erhaltung der Kosten der Okkupationsarmee.

d) Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen, die auf Grund des Vertrages von Versailles zu bewirken sind, gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreis anzurechnen. Zu einem bestimmten anderen Teil sollen die Annuitäten in bar gezahlt werden; soweit Deutschland Sachleistungen machen wird, die den durch die Sachleistungen zu bedeckenden Teil der Annuitäten überschreiten, sind sie in bar zum Weltmarktpreis zu bezahlen.

e) Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 30 Jahre heute noch nicht zu überblicken ist, soll eine Beteiligung der alliierten Regierungen an einer wesentlichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgesehen werden. Hierfür soll ein Inderschema ausgearbeitet werden.

f) Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weiteren Entschädigungspflicht frei wird.

g) Für die Feststellung der Mindestannuität auf Grundlage der deutschen Leistungsfähigkeit (a) und der hierfür näher zu präzisierenden, der deutschen Finanzkraft nicht vorgehenden Sicherungen für die Ausarbeitung des Inderschemas (e), für die Bestimmung der Höchstsumme (d) sowie für die Prüfung der Unterlagen nach Ziffer 2 sollen sämtlichen Sachverständigen beider Parteien zusammenzutreten.

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

1. Inanspruchnahme für die Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete.

a) Die Wiederherstellung der im Kriege zerstörten Gebiete bildet ein gemeinschaftliches Interesse der Völker, da die Gefahr besteht, daß die Gefühle des Hasses und der Schere nach Mache nicht beruhigen, solange sie nicht durchgeführt ist. Die deutsche Regierung hat deshalb, obwohl nach dem Friedensvertrage eine Verpflichtung zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau nicht besteht, alsbald nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Bereitschaft erklärt, sich an den Aufbaubarbeiten zu beteiligen. Sie empfiehlt, im gemeinsamen Interesse dringend der Frage erneut nachzutreten. Dabei berücksichtigt sie auch die bei den bisherigen deutschen Lieferungen für die Zwecke des Wiederaufbaues gemachte Erfahrung, daß die Materiallieferungen nicht ausschließlich dazu Verwendung finden, den früheren Zustand der zerstörten Gebiete herbeizuführen, sondern von den Geschädigten teilweise auch zum Aufbau einer neuen Existenz an anderen Orten benutzt werden.

b) Die deutsche Regierung gibt daher die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Siedlungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgender:

1. Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmern gebildet, an dem allen Staaten die Beteiligung offengehalten wird.

2. Das Syndikat erhält die Aufgabe, im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Regierungen die Ausführung der zerstörten Gebiete durchzuführen, die industriellen, landwirtschaftlichen und Verkehrsanlagen wiederherzustellen und neue Gemeinplätze für die bisherigen Bewohner dieser Gebiete oder andere Siedler, die sich aus den sonstigen Gebieten der geschädigten Länder dorthin wenden, zu schaffen.

3. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und neutralen Ländern, sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran.

4. Das Siedlungsunternehmen ist nach geschäftlichen, nicht nach bürokratischen Grundsätzen zu leiten und so zu führen, daß von ihm keine übermäßigen Gewinne erzielt werden.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Bei grundsätzlichen Einverständnissen mit diesem Plan würde alsbald eine Besprechung über die praktische Durchführung oder Zuziehung von Vertretern der Regierungen der Staaten, die sich an dem Syndikat beteiligen wollen, ferner von Vertretern der Bevölkerung der zerstörten Gebiete, sowie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu veranstalten sein.

Aus der Partei.

Gemeindevertreterkonferenz.

Am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags punkt 3 Uhr, findet in Knielingen im Gasthaus zum „Kaiser Friedrich“ eine Gemeindevertreterkonferenz mit Vortragsstätt, zu der die Gemeindevertreter der Orte Gaggenstein, Knielingen, Leopoldshafen, Linfenheim, Leutichneurent und Weischneurent eingeladen sind. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. Genossen, die sich dafür interessieren, können ebenfalls an der Konferenz teilnehmen.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinka.

Auerbach (N. D.) kommenden Sonntag nachmittags 1/2 3 Uhr, spricht Parteisekretär Oskar Trinka's Parteipresse im „Girich“ über die politische Lage. Leser der Parteipresse sind freundlichst eingeladen.

3. Gröningen, 11. Juli. Am Donnerstag, 8. Juli, sprach in einer Mitgliederversammlung des Sozialdem. Vereins Gen. Funk-Karlsruhe über die politische Lage. Reicher Beifall wurde dem Redner für die trefflichen Ausführungen zu teil. — Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Es wäre nun an der Zeit, daß die noch gleichgültigen und lauen Genossen sich endlich aufrichten und ebenfalls wieder für die Partei tätig sind. Um den kommenden Stürmen trohnen zu können, ist eine schlagfertige starke Organisation nötig; dies ist aber nur zu erreichen, wenn sich jeder einzelne Genosse seiner Pflicht bewußt ist und am Parteileben regen Anteil nimmt.

n. Söthenwetterbach, 12. Juli. Donnerstag, 15. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, findet im Gasthaus zur „Hochburg“ eine Parteiverammlung statt, wozu auch die Bürgerausschuß-Mitglieder eingeladen sind. Es ist eine sehr wichtige Tagesordnung zu erledigen, weshalb das Erscheinen aller Genossen nötig ist.

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

Sämtliche Organisationen der Eisenbahner (Freie Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaft und Allgemeiner Eisenbahnerverband) verhandeln vor kurzem mit Vertretern aller Fraktionen im Reichstagsgebäude über die Lohnforderungen der Eisenbahnarbeiter und die Einreichungsbedingungen der Eisenbahnbeamten in das Besoldungsgesetz. Zu den Lohnforderungen kann gesagt werden, daß das Reichsverkehrsministerium bereits vor einigen Wochen zu einer Verständigung mit den Verbänden gelangt war und unmittelbar vor dem Abschluß eines Lohnvertrages stand. Die Eisenbahnarbeiter waren in ihren Forderungen um fünfzehn bis zwanzig Prozent zurückgegangen, und auf dieser Grundlage war die Verständigung erzielt worden. Bekanntlich hat der Reichsfinanzminister Dr. Brüchsal vor seiner Abreise nach Spa erklärt, daß er die Forderungen der Eisenbahner im jetzigen Augenblick nicht genehmigen könne, sondern erst nach der Konferenz in Spa seine Entscheidung treffen wolle. Die Eisenbahnarbeiter und die Beamtenchaft wollen sich aber hiermit nicht einverstanden erklären, sondern sie fordern die Einlösung der ihnen gemachten Versprechungen. Sie erklären den Vertretern des Reichstags, daß die Eisenbahnerverbände für die Folgen aller einschneidenden Maßnahmen, falls das nicht geschehen sollte. Sie selber hätten das berechtigte Bestreben, es zu einer Beruhigung innerhalb der Arbeiterschaft kommen zu lassen, aber nachdem einmal die Versprechungen gegeben worden seien, dürften man jetzt die Eisenbahner nicht im unklaren lassen. Die drei Regierungsparteien werden, wie uns berichtet wird, wahrscheinlich zu einer gemeinsamen Entschädigung kommen. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen haben bereits erklärt, daß sie den Forderungen zustimmen werden.

Die Gewerkschaftskartelle und Konsumgenossenschaften unterbänden zum Abbau der Preise.

Am Sonntag fand in Heidelberg eine Besprechung der unterbändischen Gewerkschaftskartelle in Gemeinschaft mit den Konsumgenossenschaften statt. Die Stellung zum Preisabbau der Lebensmittel- und Bedarfsartikel nahm. Der Vorsitzende der Konferenz gab einen Überblick über die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt in letzter Zeit und machte darauf aufmerksam, daß an verschiedenen Orten durch eine gemeinsame Beratung mit den Produzenten ein Preisabbau herbeigeführt wurde. In der Diskussion wurde von den Vertretern der Gewerkschaften sowohl wie von den Konsumvereinen ein Preisabbau gefordert, der sich jedoch über das ganze Land und Reich erstrecken muß.

Es wurden Johann Richtlinien einstimmig gutgeheißen, in denen es u. a. heißt: In allen Orten sind Preis- und Ueberwachungskommissionen zu bilden; die Märkte und Läden sind unter Mitwirkung amtlicher Organe zu kontrollieren und die Marktpreise an gut sichtbarer Stelle anzuschlagen. Die einzelnen größeren Orte bilden Wirtschaftszentralen und stellen wöchentlich die gesamten Lebensmittelpreise fest, um dieselben in Gestalt von Preisstabellen gegenseitig auszutauschen. Die Gemeinden, Amtsstellen der Bezirke- und Kreisämter, sowie die Regierungen der Gliedstaaten und die Reichsregierung sind anzugehen, daß eine einheitliche Preisorganisation zwecks Abbau der Preise aller Bedarfsartikel und einer vernünftigen freien Verteilung derselben herbeizuführen ist. Auch mit den Verkehrsorganen soll man sich ins Benehmen setzen, um die Ausfuhr von Lebensmitteln nach dem Ausland zu verhindern. Den Verbrauchern ist klarzumachen, daß der Zeitpunkt heranzukommen ist, die Konsumvereine, deren Ausbau im Interesse der Verbraucher liegt, zu fördern. Die hohen Gewinne einer Anzahl Industriegruppen sowohl bei Produzent wie Großhändler, daß der Abbau der Preise nicht nur beim Detailhändler

zu beginnen hat. Weiterhin wird die Einberufung einer Konferenz der Bezirkskartelle aller deutschen Gliedstaaten zur Einleitung der Preisregulierung gefordert.

Gemeindepolitik.

Verbandsrat der mittleren Städte Badens.

An derselben Stelle, an der vor 25 Jahren der Verband der mittleren Städte Badens gegründet wurde, fand am Sonntag und Montag der aus allen Landesstellen von nahezu 60 Städtevertretern besuchte 26. ordentliche Städtetag statt. Der sachgemäß die Tagung leitende hiesige Bürgermeister Kerner wies auf das 25jährige Bestehen des Verbandes hin und würdigte vor allem die Verdienste des Vorsitzenden Bürgerm. Dr. Weich-Eberbach, der die ganze Zeit hindurch den Verband geleitet hat. — Namens des Ministeriums des Innern überbrachte Ministerialrat Dr. Bender (früher Bürgermeister in Wülsh) die Grüße des Ministers des Innern, wobei er betonte, daß die bad. Regierung von der Notwendigkeit überzeugt sei, die Selbstverwaltung der Städte zu erhalten. Im Ministerium des Innern sei man bestrebt, die Gefahren, die der Selbstverwaltung der Gemeinden drohen, abzumildern. Am Schluß seiner Ausführungen übermittelte der Regierungsvertreter dem Verband wie seinem Vorsitzenden die Glückwünsche der Regierung zum 25jährigen Jubiläum.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weich-Eberbach dankte für die ihm gezeigten Worte der Anerkennung und ersuchte den Geschäftsvorstand, wobei er besonders die Mitarbeit des Verbandes an den Vorarbeiten der neuen Gemeindeordnung und bei verschiedenen Steuerfragen erwähnte. Er betonte des Weiteren die völlige Uebernahme der Volksschule durch den Staat sei erneut zu fordern, gebachte der in den vergangenen 25 Jahren aus dem Leben geschiedenen verdienstvollen Mitarbeiter und schlug vor, den Mitglieder des Verbandes, Oberbürgermeister Hermann-Offenburg, zum Ehrenmitglied des Geschäftsvorstandes des Verbandes zu ernennen. Schließlich bat Bürgermeister Dr. Weich, von seiner Wiederwahl zum Verbandsvorsitzenden absehen zu wollen.

An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache, in der vor allem steuerliche Fragen erörtert wurden. Ein von der Stadt Rastatt gestellter Antrag, die Besteuerung des Mindesteinkommens durch die Gemeinden als unsozial, unlogisch und undurchführbar abzulehnen, wurde dem geschäftsvorstandes Ausschuss zur weiteren Behandlung überwiesen und eine von dem Ausschuss des Städteverbands vorgelegte Entschädigung über die Erhaltung der Selbstverwaltung der Städte fand einstimmige Annahme. — Die Versammlung hörte Johann zwei Referate über die neue Gemeindeordnung und das Fürsorgegesetz. Zu letzterem wurde ein Antrag angenommen, in welchem der Regierung Dank gesagt wird, für die Einbringung des Entwurfs eines neuen Fürsorgegesetzes, zugleich aber auch dringend ersucht wird, den Gemeinden das Selbstverwaltungsrecht über die Fürsorge unter entsprechender Staatsaufsicht zu gewähren und ihren Staatsbeitrag aufrecht zu erhalten.

Weiter beschäftigte sich die Tagung mit den Tarifverhandlungen mit den Gemeindearbeitern und beschloß, dem Gemeindearbeiterverband mitzuteilen, daß die mittleren Städte an der Kinderzulage in der den Beamten gewährten Höhe und einem proportionalen Steuerzuschuß für sämtliche Arbeiter (diese hatten einen 15prozentigen gefordert) festhalten. Bei der Neuwahl des Ausschusses wurde Bürgermeister Dr. Guggemeier-Vorrath zum Verbandsvorsitzenden, die Bürgermeister Kerner, Kollath und Hugard-Strauß zu Beisitzer und die Bürgermeister Biesch, Rastatt, de Pellegri-Trüberg, Lehmann-Billingen, Schein-a-Wretten, Trunger-Södingen und Keng-Wosbach in den weiteren Ausschuss gewählt. Bürgermeister Dr. Weich-Eberbach wurde für seine langjährige Verbandsarbeit besonders geehrt.

Jugend und Sport.

Fußballspiele im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Am letzten Sonntag den 11. Juli spielte die Gruppe Karlsruhe Abtg. 1 in Hagsfeld. Es wurden zum Teil ganz schöne Resultate erzielt. Hagsfeld 1 — Karlsruhe Weststadt 1:04 bis 115. Mühlheim 1 — Karlsruhe Weststadt 1:13—115. Mühlheim — Hagsfeld 0:7—98. Karlsruhe Oststadt — Mühlheim 5:7—99. Mühlheim — Mühlheim 0:11—112. — Mittwoch abend 7 Uhr spielt auf dem Platze der Freien Turnerschaft Karlsruhe Mühlheim 1. und 2. Mannschaft gegen Karlsruhe Ost-, Süd- und Weststadt. Sonntag den 18. Juli, mittags 2 Uhr, treffen sich die Fußball-

mannschaften der Gruppe Karlsruhe Abtg. 2 auch auf dem Platze der Freien Turnerschaft Karlsruhe Vinkenheimer Allee. Es spielen da Mühlheim, West-, Ost-, Süd-, Hagsfeld, Mühlheim, Neuburgweiler. Gruppe Durlach spielt morgen 8 Uhr in Weingarten. Allen Vereinen wird zur Pflicht gemacht, einen Ball mitzubringen.

Gruppe Bretten spielte am Sonntag in Heidelberg um die Schlußspiele, während die 2. Mannschaft von Bretten mit Heidelberg um die Entscheidung spielen muß. Es seien nur einige Resultate von Gruppe Bretten herausgegriffen: Bretten 1 — Heidelberg 6:7—84. Bruchsal — Heidelberg 1:59—77. Unterwisheim 1 — Heidelberg 1:51—51. Amtlingsheim — Bruchsal 3:45. Bretten 2 — Unterwisheim 2:68—54.

Kleine Nachrichten.

Saarbrücken, 12. Juli. Die gestrigen Stadtratswahlen brachten einen Sieg der bürgerlichen Parteien, auf die zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen entfielen.

Wald, 12. Juli. Gestern abend wurde während eines Spazierganges der Bruder des früheren Oberpräsidenten von Baden, der ehemalige Landrat im Kreis Tübingen, Hugo von Baden, von einem unbekanntem Täter erschossen. Man vermutet, daß der Tat eine Personenverwechslung zugrunde liegt.

Rom, 12. Juli. Aus Corbeo wird gemeldet, daß es infolge Nationalisierung des Brotes zu einer Kundgebung kam, in deren Verlauf drei Personen, darunter ein junges Mädchen, getötet und einige verletzt wurden. Es wurden Verstärkungen entsandt.

Aus dem Lande.

Moderne Hausbesitzer.

Folgendes Schreiben ging einem Mieter in Hagsfeld zu: Södingen, 5. Juli 1920.

Herrn Gustav Senfert Eheleute, Hagsfeld!

Bis heute haben Sie noch keinerlei Verhandlungen getroffen, die Wohnung, die Sie im Hause meiner Eltern inne haben, zu verlassen. Bereits seit Oktober 1919 ist Ihnen die Wohnung gefündigt und Sie haben sich am 22. 11. 1919 vor dem Mietungsamt ausdrücklich verpflichtet, spätestens bis 1. 4. 1920 auszugiehen. Ihre künftigen Ausreden, Sie würden an diesem und jenem Tag die Wohnung räumen, fruchten jetzt nichts mehr. Es kann nachgewiesen werden, daß es seit dem letzten Frühjahr wiederholt leere Wohnungen in Hagsfeld gab, die Sie hätten bekommen können. Ihr Ausspruch, Sie würden nur in die Wohnung im Hause des Herrn Mann Weber gehen und sonst in keine, kennzeichnet Ihr ganzes Gebahren zur Genüge. Ich will Ihnen hier nur 2 Wohnungen nennen, die leer standen: Es sind dies Wohnungen bei Frau B. Fischer und Frau Rurr. Aus Ihrem ganzen Verhalten muß böser Wille angenommen werden.

Sie fordern Sie hiermit auf, die Wohnung binnen 48 Stunden zu räumen. Ab 8. Juli 1920 ist es Ihnen verboten, in der Küche meiner Eltern Wasser zu holen. Jeder Versuch, trotzdem Wasser zu holen, wird als Hausfriedensbruch angesehen und weitere Schritte getroffen.

Ab 1. Juli 1920 beträgt die Miete im Monat 25.— M. Sie werden für jeden Schaden haftbar gemacht, der meinen Eltern entsteht, wenn sie infolge Ihres längerer Verweilens in der Wohnung nicht in der Lage sind, das Streifen nach der Ernte zu leeren und auszutrocknen zu lassen. Außerdem mache ich Sie verantwortlich für den gesundheitlichen Schaden.

Die Angelegenheit habe ich heute einem Rechtsanwalt zu weiteren Verfolgung übergeben.

Herrmann Binder, Rechnungsbeamter.

Etwas unersetzlich diesem Schriftstück hinzuzufügen, hiesige keine Wirkung abzuwarten. Es sei nur bemerkt, daß die im ersten Absatz gemachten Behauptungen von dem Mieter als unwahr bezeichnet werden.

* Gieselsheim, 12. Juli. In der Gelatinefabrik von Stöckel kam gestern ein Angestellter mit seinem Kopfe in ein großes Schwungrad. Im Augenblick war ihm der Hinterkopf abgerissen und der Tod trat sofort ein.

Eine Volksdichterin.

(Zu Clara Viebig's 60. Geburtstag.)

Von zeitgenössischen Romandichtern ist in der Arbeiterliteratur während des letzten Vierteljahrhunderts wohl keiner so häufig zu Wort gekommen und so gern gelesen worden wie Clara Viebig. Ihre leichtfliegende, alles Grübelliche meidende Schreibart, ihre kraftvolle Aufbaufähigkeit mit einander ringender Konflikte, ihre liebevolle Eingehen auf menschliche Schwächen, ihre scharfe Beobachtungsgabe haben ihr zu dem unbestrittenen Erfolge verholfen, dessen sie sich heute mit ihrem sechzig Lebensjahre erfreuen darf. Und es ist kein Wunder, wenn sich die Dichterin in alle möglichen Gesellschaftsschichten in volksliche Eigenarten und Dialekte einzufinden vermag: sie ist bei den Kleinbauern und Heimarbeitern ihrer Eisenbahn zu Hause, wie in den Schindelschuppen und Erblüchern polnischer Ost-Deutschlands. Sie kennt sich im Naturwunder des Großstädtlers aus; sie zeichnet mit meisterhafter Feder Berliner Typen: Gemeinlichkeitsmenschen, Dienstmädchen, Kleinhandwerker, Scherzrentiers. Ihr scharfes Einfühlen in jedes Milieu ist denn auch ein erster Schritt dasjenige gemein, was ihre Erzählergabe dem kassenbewußten Arbeiter so nahe gebracht und so sympathisch gemacht hat. Dabei ist ihre Kunst gänzlich frei von jeglicher Tendenz. Jede politische Stellungnahme ist vermieden. Umso lieber und umso häufiger werden dafür soziale Schäden aufgedeckt. Nicht daß sie groß beim Namen genannt würden! Die Schilderung an und für sich wirkt immer schon bei Clara Viebig. Sie ist ein Spiegel, den sie der Zeit vorhält. Unbedingte Wahrheits-treue und Lebensschmerz sind ihre Hauptbedingungen für ihre Kunst. Und wie im Leben gewöhnlich nicht hart auf hart steht, sondern tausend Uebergänge allzu scharfe Konturen zu umschleiern pflegen, so auch in den Romanen unserer Dichterin. Aber das mag zu einem großen Teil von ihrer gewinnenden, weichebigen Weichheit herkommen, die unwillkürlich alles Schroffe zu mildern, alles Harte zu lindern beizutritt ist.

Das Schaffen Clara Viebig's kann man in verschiedene Schichten und Perioden gliedern. Ihrer Freiheit entspringen die Eisenbahngeschichten und Eisenromane („Reinholdsdörfer“, „Kinder der Eisen“, „Das Weibervort“, „Von Müllerhannes“) usw.; dann kommen die starken, kraftvollen Berliner Romane („Das tägliche Brot“, „Die vor den Toren“, „Das Eisen im Feuer“, „Eine Handvoll Erde“) usw. Mit der Entdeckung des Reiches und seiner Charakteristika befaßt sich „Die Nacht am Rhein“, „Das schlafende Meer“, in denen ein großes geschichtliches Geschehen in prächtig geschilderten Bildern sich vor unseren Augen aufbaut. Dann kommen die beiden Romane der jüngsten Vergangenheit,

deren einer jetzt erst gerade auf den Büchermarkt gekommen ist und mit dem wir uns deshalb bei dieser Gelegenheit gleich ein wenig ausführlicher befassen wollen.

Just in diesen Tagen, da die Dichterin in ihr sechziges Lebensjahr eintritt, hat sie uns eine neue, aus der allerjüngsten Gegenwart herausgehobene Gabe beschenkt, den Roman „Das tote Meer“ (Verlag. Egon Fleischel u. Co. Preis 10 M.). Es ist wieder „Der Roman unserer Zeit“, und zwar die Fortsetzung ihrer vorliegenden, überaus einseitig aufgenommenen und auch in der Fortsetzung recht häufig abgedruckten Arbeit „Töchter der Geluba“. Derselben Periode treten auf: die nachdenkliche Hedwig Vortfeld, die heimlich-lustige Annemarie, die alte Krüger, die um ihren verstorbenen Sohn trauert, die Wägherrin Hieselsan mit ihrem unehelichen Sohn, der jetzt veranlagte Alti Wolff, die Generalin von Bogt, der Kriegskrieger Kombrowski, der Fliegerleutnant Vortfeld. Der Krieg liegt in den letzten Tagen. Das Schicksal ist nicht. Die Fronten schwimmen in Blut. Der Hunger klettert durch die Straßen. Reichgewordenes Volk empelt; und tangt. Hart und lebenswache hohen die Gegenläufe aufeinander — bis die Front zusammenbricht, der Kaiser abdankt und die Revolution die freie deutsche Republik aus den Flammen des schwer sich zügelnden Chaos heilt.

Zwingend und überzeugend und völlig tendenzlos ist das große Zeitgeschehen dargestellt. An den einzelnen Personen erleben wir die gewaltige Wandlung. Und doch gibt der padende Roman keinen Auschnitt aus unserem Volksleben, sondern ein kolossalgemaltes, wie es nur ein reifes, dichterisches Können und ein eheliches Einfühlungsvermögen in Menschenleid und Menschenleid zu geben vermögen. So wirkt Clara Viebig's neuer Roman als Anknüpfung unser ganzes Empfinden auszuwählen und als Zeitdokument — geschichtliche Ereignisse sind festgehalten und die das staatliche Leben dirigierenden Männer sind beim Namen (u. a. Gert und Scheidemann) genannt — echt und unmaßgebend. In dichterischer Hinsicht hält es sich mit den anderen Werken der Künstlerin so ziemlich auf gleicher Höhe; es zeigt keine Überwertigung ihres Könnens, aber auch keinen Mangel.

Die am 17. Juli 1880 zu Treier geborene Dichterin hat, selbst bei oberflächlicher Betrachtung, das eine für sich, daß sie niemals mit einer literarischen Mode gegangen ist. Sie hat das künstlerisch darzustellen getrachtet, zu dessen Schilderung es sie drängte. Anbietet sie dabei ihren Weg gegangen; sie hat ihre Meinungen nirgends abgemessen und die Gaben ihrer Hergengänge dort ausgeschüttet, wo sie sie für Geben zu verdingen drängte. Ganz ohne Rücksicht auf das zahlungsfähige Publikum hat sie das getan. Und das erweiternde Volk ist dabei niemals schlecht weggekommen. Seine Räte und seine Sorgen, seine Hoffnungen und sein Schönen fanden in Clara Viebig stets eine

beredete Fürsprecherin. Das soll ihr niemals vergessen sein, namentlich nicht heute an ihrem sechzigsten Geburtstag! Mögen ihr noch viele Jahre geeigneten künstlerischen Schaffens beschieden sein.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Fortsetzungsabteilung zu beziehen.)

Ein Führer durch das Reichseinkommensteuergesetz von Rudolf Wissel ist jenseits bei der Buchhandlung „Vorwärts“ Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, erschienen. Die einschneidenden Wirkungen des Reichseinkommensteuergesetzes werden sich bei allen Arbeitnehmern am 25. Juni ds. J. zum ersten Male fühlbar machen. In diesem Tage tritt der jetzt prägnanteste Steuerabzug vom Lohn oder Gehalt in Kraft. Auch der Natural- oder Geldlohn der Hausangestellten unterliegt dieser Verrechnung. In Kürze wird dann die Veranlagung der Reichseinkommensteuer folgen. Sodann erlangen die Fragen über die Handhabung der Steuerarten, über richtige Einschätzung, versteuerbares und steuerfreies Einkommen aber abzugsfähige und nicht abzugsfähige Beträge für jeden Einkommensteuerpflichtigen höchste Bedeutung. Ueber alle diese Bestimmungen des Gesetzes gibt das Wissel'sche Buch zuverlässige Aufklärung. Zum Betrage von 2.50 M. ist es von der oben erwähnten Buchhandlung zu beziehen und kann nur jedem Steuerpflichtigen wärmstens empfohlen werden.

„Der Fier“ Sozialistische Rundschau über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben. Inhalt des soeben erschienenen 18. Heftes vom 15. Juni 1920: Giltlose Sieger. Sozialistische oder unsozialistische Politik? Urteile über die Lage von Karl Lambert, Prof. Dr. Paul Rensch und Heinz Strödel. Bayerische Politik, von Dr. Max Wlo; Wokuf es beim Heftzeit-Prozesses anam. Zur Basil Erzbergers, von Dr. Ludwig Wendig; In der Grube, von Al. Dierroth; Deutsche Wanderungen. Zwei Tore, von Fritz Mieler; Rosen und Linden, von Walter Sturm; Ferner: Ullis vom „Fier“; Der „Fier“ und der Staatsanwalt; Verstraße Kamp-Gegner; Landesstraßen; Freiheit und Menschenwürde; Redakteurkritik; Der Bibliothekar“ Buchbesprechungen; Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus.

„Der Fier“ erscheint vierzehntägig und ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Berlin W. 57 zu beziehen. Abonnementspreis: Vierteljährlich (6 Hefte) 5.50 M.

Preis-Abbau.

1. Oberfrk., 9. Juli. Auch die hiesige Arbeiterschaft protestierte in einer mächtigen Demonstration gegen die immer höher steigenden Lebensmittelpreise.

11. Juli. Der Bezirksbauernrat des Bezirks Müllingen nahm in einer aus der gesamten Umgebung stark besuchten Versammlung Stellung zum Preisabbau und erklärte sich bereit, den Milchpreis auf 1,20 M zu erniedrigen.

14. Juli. Die oberbairischen Postvereinsleiter erklärten sich in einer hier abgehaltenen Versammlung mit der Senkung des Milchpreises auf 1,20 M einverstanden.

Aus der Stadt.

Generalsammlung des Sozialdemokratischen Vereins. Wir machen hiermit nochmals auf die heute im „Gefahren“ stattfindende Generalsammlung der Partei aufmerksam.

Die Preiskommission Karlsruhe teilt uns mit: Als bester Zustand im Wirtschaftsleben muß betrachtet werden, wenn Angebot und Nachfrage sich die Waage halten.

Mehr Selbstdisziplin! Zu den Bezirkegruppen auf Senkung des Milchpreises schreibt das städt. Nachrichtenamt:

Im Anschluß an das Vorgehen der badischen Regierung, im Bene der gütlichen Verständigung mit den landwirtschaftlichen Organisationen allmählich wieder eine Senkung des Erzeugerpreises für Milch herbeizuführen, wird das städt. Milchamt Karlsruhe alsobald den Abschluß von Milch-Lieferverträgen mit seinen Liefergemeinden in die Wege stellen.

Die sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion versammelt sich heute nachmittags pünktlich 1/2 4 Uhr, vor der Ausschussung, im kleinen Rathhauseaal.

Markt- und Ladeninhaber-Vereinigung. In einer sehr gut besuchten Versammlung in der „Sabazia“ gab, wie uns berichtet wird, der 1. Vorsitzende Lambert den Mitgliedern einen ausführlichen Bericht über die Zustände auf den Wochenmärkten und über die Preisfestsetzung für Obst und Gemüse.

über den Obstpreisen geteilt, da diese Gesellschaft trotz der festgesetzten Preise die Pfäutchen zu 1,45 M absetzt, trotzdem der Marktpreis für Pfäutchen nur 80 Pf. beträgt.

Der Gesangverein „Liedertafel“ veranstaltete am Sonntag im großen Saal zum „Kühlen Krug“ ein Konzert, das in einem außerordentlich guten Besuche erfreuen konnte.

Na. Kinderbankett im Stadtpark. Das am 10. ds. Mts. angefallene Kinderbankett zu Ehren der Stifter und Vermittler der amerikanischen Ockerpeisung und zugunsten der Ferienkolonien findet nunmehr Samstag den 17. Juli ds. J., nachmittags 1 Uhr statt.

Hundeaussstellung. Der am 31. Juli und 1. August ds. J. im hiesigen Schloß- und Viehhof stattfindenden badischen Landesausstellung von Hunden aller Rassen wird großes Interesse entgegengebracht.

Der Vortrag „Autarkie“ über Stenographie, der f. B. verschoben werden mußte, findet nun bestimmt am Freitag, 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im großen Entschloßsaal, Karlsruhe, statt.

Blitzschläge. Bei dem gestrigen Gewitter schlug der Blitz in das Haus Guttenbergs 4, wodurch das Dach und der Kamin beschädigt wurden und Dachbalken anbrannten.

Fahrradbeschädigte. Aus einem Hause der Johannisstraße und aus einem Hause der Gießstraße wurden gestern je ein Fahrrad durch unvorsichtige Täter entwendet.

Erwählter Fahrradmarbler. Ein Metzger aus Unterlimonwald wurde verhaftet weil er in Ettlingen ein Fahrrad verkauft hatte, welches er am 7. ds. Mts. aus einem Hause der Gerwigstraße entwendet hatte.

Valuta-Bericht vom 13. Juli. Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 14,70 Sts.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 14. Juli 1920. Unter dem Einfluß der gestern über Deutschland gelegenen Druckstörungen kam es auch noch im Lauf des Tages wiederholt zu klaren Gewitterbildungen und vielfach erheblichem Gewitterregen.

Vorausichtige Witterung bis Donnerstag, den 15. Juli nachts: Heiter, trocken, wärmer.

Letzte Nachrichten.

Zur Abstimmung im Osten. Berlin, 13. Juli. Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen hat auch auf die Bewohner der abgetretenen Gebiete tiefen Eindruck gemacht.

Berlin, 13. Juli. Das Ergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen hat auch auf die Bewohner der abgetretenen Gebiete tiefen Eindruck gemacht. Es sind aus verschiedenen Städten der abgetretenen Gebiete Abgeordnete in Marienwerder eingetroffen, die von der internationalen Kommission dringend eine Volksabstimmung auch für Kommerellen fordern.

Ein Exposé über die Ernährungslage Deutschlands.

Dr. Spa, 13. Juli. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat der Konferenz in Spa ein Exposé über die Ernährungslage Deutschlands unterbreitet, in dem es heißt: Die Ernährungsschwierigkeiten Deutschlands rühren her:

1. Von dem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion während des Krieges und noch in der Nachkriegszeit.

2. Von der Unmöglichkeit die für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erforderlichen Betriebsmittel Futtermittel, Düngemittel, Maschinen in ausreichenden Mengen einzuführen.

3. Von dem Mangel an Zahlungsmitteln für die Deckung der fehlenden Nahrungsmittel durch Einfuhr.

Der Getreideertrag per Hektar sank in dem Zeitraum 1913 bis 1919 für Brotgetreide um 21 Prozent, für Futterertrug um 30 Prozent. In demselben Zeitraum sanken die Bestände an landwirtschaftlichen Maschinen und Sämaschinen um noch mehr als 41 Prozent.

Unter Berücksichtigung aller vorgetragenen Umstände bezieht sich der Einfuhrbedarf Deutschlands für das nächste Wirtschaftsjahr auf 2 Millionen Tonnen Brotgetreide, 2 Millionen Tonnen Futtermittel, 700 000 Tonnen Ölsämereien, 150 000 Tonnen Fleisch, 144 000 Tonnen Fett, 500 000 Tonnen Fisch, ferner 500 000 Tonnen Rohphosphat, 350 000 Tonnen Schwefelkies im Gesamtwert von 3 43 600 000 Goldmark.

Die deutsche Delegation schlägt daher vor, eine Kommission aus Sachverständigen der einzelnen Länder mit größter Befähigung zu bilden, die über die Maßnahmen der Verbesserung der Ernährungslage in Deutschland zu beraten hätte.

Neue Streiks in Sachsen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Dresden meldet, sind in dem Zwickauer Kohlenrevier 10 000 Bergleute in den Streik getreten, um die dortigen Metallarbeiter in einem Lohnkampf zu unterstützen.

Sünderburg im Kampf mit einem Einbrecher.

Wie der „Hannoversche Courier“ meldet, ist am Montag Abend gegen 7 1/2 Uhr ein 20jähriger junger Mann in die Wohnung des Feldmarschalls Sünderburg eingedrungen. Als der Feldmarschall seinen Diener rufen wollte, entspann sich zwischen dem Feldmarschall und dem Eindringling ein langes hartnäckiges Ringen.

Ausbau der schweizer Parteipresse.

Basel, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Für die schweizerische sozialdemokratische Presse soll nach einem Beschlusse der Parteileitung ein Pressefond geschaffen werden, mit dem Zweck, die Parteipresse gegenüber der bürgerlichen Presse leistungsabhängig zu machen.

Internationales Arbeitsamt.

Basel, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Heute Dienstag ist in Genf das neue internationale Arbeitsamt mit großem Pomp eingezogen und wird morgen schon die Geschäfte des alten Arbeitsamtes von Basel übernehmen.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Morgen Donnerstag 1/2 8 Uhr im Lokal Gambornushalle Turnratsversammlung. Das Erscheinen sämtlicher Turnratsmitglieder sowie Vorturnerschaft und Arbeitskommission für Plabeneinweihung ist erforderlich.

Wasserstand des Rheins.

Schiffertiefen 275; Neßl 309, gef. 9; Magau 553, gef. 8; Mannheim 484, gef. 15 Zentimeter.

ofka Damen-LODEN-UND WETTER-MÄNTEL Herren-GUMMI-MÄNTEL Sporthaus Freundlieb, Karlsruhe, Kaiserstr. 185 Preisliste über Sportausrüstung gratis.

Vertical text on the left margin, including 'BIBLIOTHEK', 'BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK', and other library-related text.

Ortsaus und Karlsruhe des allg. deutschen Gewerkschaftsbundes. Ortsrat der freien Angestellten-Verbände.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute sämtlicher Betriebe in Karlsruhe werden hiermit zu einer am Donnerstag, den 15. Juli, abends 7/8 Uhr, im Saale der Restauration zum „Elefanten“, stattfindenden

Versammlung

dringend eingeladen.
Tages-Ordnung:
„Bericht vom Betriebsräte-Kongress in Berlin.“
Referent: Kollege Krebs.
Wichtiges Erscheinen unbedingt erforderlich.
Nur die mit einem Ausweis des betr. Gewerkschafts versehenen Arbeiter- und Angestelltenräte sowie Obleute haben Zutritt.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Freitag, den 16. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Lokal „Kronenhalle“

Vollversammlung

Tagesordnung:
„Die Wahl eines Verbands-Beamten für den Bezirk Karlsruhe.“

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir um vollständiges Erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Kronenstr. 3, 2. Stock. Telefon Nr. 3109.

General-Versammlung

Samstag, den 17. Juli, abends halb 8 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstr. Nr. 42, halbjährliche
folgender Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Vortrag über die Wirtschaftslage im Handels-, Transport- u. Verkehrsgebiete.
3. Anträge und Beschlüsse.
Hierzu laden wir die Kollegen und Kolleginnen mit der Bitte um vollständiges Erscheinen höflich ein. Mitgliedsbuch dient als Ausweis und ist am Eingang vorzulegen.
Mit kollegialem Gruß!
Die Ortsverwaltung.
S. A. Fischer.

Lebensbedürfnis-Verein

Karlsruhe.

An unsere Mitglieder!

In der Generalversammlung vom 30. Juni ds. Js. wurde die Erhöhung der Geschäftsanteile auf Mk. 200.— einstimmig beschlossen. Wir ersuchen die berechtigten Mitglieder, diesem Beschlusse Folge zu leisten. Näheres ist aus den in unseren sämtlichen Läden zur Empfangnahme bereitliegenden Rundschreiben zu ersehen.
Vorstand und Aufsichtsrat.

Große Hunde-Ausstellung

in Karlsruhe am 21. Juli und 1. August ds. Js., im Städt. Schlacht- und Viehhof.
In allen Klassen feste Geldpreise. Überaus zahlreiche Dank- und Ehrenpreise. Kein Hundehalter verlässt seinen Hund einem anerkannten Richter vorzuführen.
Meldefrist
am Sonntag, den 18. Juli.
Programme und Meldebücher durch die durch Plakate kenntlich gemachten Stellen.
(Siehe Notiz im redaktionellen Teil.)

Karlsruher Zigarrenhaus

Kaiserstraße 88
nar neben dem abgebrannten Museum.
Versuchen Sie meine Spezialmarke: „Der letzte Ritter“ bestehend aus: Sumatra, Habana, Brasil, Java zu dem billigen Preis von 1.20 Mk. per Stück.

Alleinige Fabrik-Niederlage:
C. Hansberger, Tabakfabrikate
en gros
en detail
Nicht verwechseln, nur Kaiserstr. 88.
„Der letzte Ritter“ ist auch in meinen Filialen: Waldstr. 69 und in Grünwinkel: Mühlburgerstr. 2 zu haben.

Stadtgarten.

Samstag, den 17. Juli 1920, nachmittags 4 Uhr:

Kinderdankefest

zu Ehren der Stifter u. Vermittler der amerikan. Quäkerpeisung
beranstaltet von der Stadt Karlsruhe
und dem Ausschuss für Ferienkolonien erholungsbedürftiger Schulkinder
Doppelkonzert
der Kapelle des
Reichswehr-Schützen-Regiments Nr. 113 (ehemal. Leib-Grenadier-Kapelle)
und der Schüler-Kapelle.
Huldigungsspiel, Schifferstechen, Reigen und Freibungen, Knaben- und Mädchen-Chöre.
Eintritt 3 Mark.
Schülerkarten zu 1 Mark werden in den Schulen abgegeben.
Der Reinertrag ist zur unentgeltlichen Unterbringung erholungsbedürftiger hiesiger Schulkinder auf dem Lande bestimmt.
Diejenigen Besucher des Kinderdankefestes, die bereits im Besitze von Eintrittskarten sind, wollen folgende Eingänge des Stadtgartens benutzen:
Stadtgarten-Eingang an der Mühle der Festhalle (beim Bierordbub).
Eingang an der Eisingerstraße (beim südlichen Gartenamt).
Südlicher Eingang gegenüber dem Hauptbahnhof (Innes Tor).
Eingang beim alten Bahnhofsgebäude an der Beierthimer Allee.
Kinderwagen werden von 2 Uhr ab nicht mehr in den Stadtgarten zugelassen.

Borverkauf

(von Donnerstag, den 15. Juli ab) bei: Best, Zigarren-geschäft, Kaiserstr. 113; Brunner, Stadtgarteneinnehmer; Doert, Musikalienhandlung, Kaiserstr. 150; Hüne, Zigarren-geschäft, Kaiserstr. 51; Krenndick, Zigarren-geschäft, Kaiserstr. 185; Keller, Zigarren-geschäft, Kaiserstr. 179; Kitzsch, Kaufmann, Berdstr. 48; Knaus, Papierhandlung, Kaiserstr. 63; Kühnel, Zigarren-geschäft, Durlacher-Allee 4; Mehle, Zigarren-geschäft, Marktstr. 39; M. M. S. D., Zigarren-geschäft, Kaiserstr. 75; Müller, Musikalienhandlung, Kaiserstr. 124 a; Neufeld, Musikalienhandlung, Waldstr. 39; Nennen, Zigarren-geschäft, Philbstr. 1; Seemuth, Stadtgarteneinnehmer; Süddeutsches Zigarrenhaus, Ecke Kaiser- u. Herrenstr.; Tafel, Musikalienhandlung, Kaiserstr. 82 a; Zöpfer, Zigarren-geschäft, Kriegerstr. 3 a.
Bei unglücklicher Witterung findet die Veranstaltung, soweit dies möglich, im großen Festhalleaal statt.

Erklärung!

Den Fischverkauf in der Städtischen Fischhalle betreffend.

Die unterzeichneten Fischhändler der Stadt Karlsruhe sehen sich veranlasst, ihren Mitbürgern und sonstigen Interessenten bekanntzugeben, dass der bisher in der Städtischen Fischhalle von dem hiesigen Nahrungsmittelamt betriebene Fischverkauf mit Ende Juni ds. Js. eingestellt wurde, nachdem die Stadtgemeinde wenigstens diesen Teil ihrer Zwangswirtschaft aufzugeben sich endlich entschlossen hat.
Es wäre nun Pflicht der Stadtverwaltung gewesen, die Städt. Fischhalle zur Verpachtung öffentlich anzuschreiben, sie hat es aber aus uns bis jetzt unbekanntem Gründen vorgezogen, solche unter der Hand an **Max Pfefferle & Sohn** hier abzugeben. Diese Firma betreibt seit 1. Juli ds. Js. auf eigene Rechnung den Fischverkauf in der Städt. Fischhalle.
Trotzdem sind die Verkaufsanzeigen in den Tageszeitungen so abgefasst, dass bei dem Publikum der Eindruck entsteht, als ob es sich nach wie vor um eine städt. Angelegenheit handle, während in Wirklichkeit Pfefferle & Sohn Selbstunternehmer sind.
Gegen eine derartige Machenschaft erheben die Unterzeichneten im Interesse des ehrlichen Handels öffentlich Einspruch, zumal die Stadtgemeinde Karlsruhe auf unsere diesbezügliche Beschwerde nicht geantwortet hat.
Karlsruhe i. B., den 12. Juli 1920.

Vereinigung der Fischhändler.

Pferdefleisch-Verkauf.
Einführung der Marke 6.
Verkaufsstelle: Durlacherstr. 59.
Serie B. Grüne Karten. Nr. 9491—13000
Mittwoch, den 14. Juli 1920.
Serie E. Graue Karten. Nr. 12301—16000
Donnerstag, den 15. Juli 1920.
Kapfmenge: 125 er Stück. 2010
Stadt. Fleischamt.

Schirm-Reparaturen

aller Art werden schnell, fachmännisch u. billig ausgeführt bei
W. Kretschmar Nachfolger
Schirmfabrik
Karlsruhe. Kaiserstr. 82 a.

Zahle!

höchste Preise für Kleider, Uniformen, Schuhe, Hüte und Gardinen.
S. Agelrad, Tel. 3980
Glieneweinstr. 32. 4294

Schwefelbad Mingolsheim

(bei Heidelberg)
renoviert — eröffnet.
Arbeiter! Agiert für den „Volkstempel“!

Steuerfrei

bleiben meine getrockneten Heidelbeeren mit Zutat, zur Zusammengärung mit Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren sehr zu empfehlen. Von Tausenden verwendet. Glänzende Anerkennungen. **Ruls Heidelbeeren** mit Zutat mit Südstoff Pakete zu 50 Lit. M. 24.50 „100“ „48.50 ohne Südstoff die 100 Lit.-Pak. 6 M. weniger.
Ferner **Ruls Kunstmostensaft** m. Heidelbeersatz und mit Südstoff in Flaschen zu 50 Liter zu M. 12.— und zu 100 Lit. M. 22.— per Flasche.
Robert Ruf
Heidelbeer-Versand
Ettlingen.
Niederlagen: Drogerie **E. Deuble Nachfolger**, Karlsruhe, Angartenstr. 24. **Ruf**, Karlsruhe, Yorkstr. 30. Augsburg, Größelg. **W. Ruf**, Sillingen. Fr. **Wwe. Strübel**, Aue bei Durlach. **J. Stiel**, Durlach. **Ang. Peter Nachfolger**, Durlach.
Man achte auf den Hersteller **Robert Ruf**, Heidelbeer-Versand, Ettlingen und weise Pakete ohne Plombenverschluss, die meine Firma tragen, zurück. 4389

Delikatess-Obst-Konfitüren

allerfeinste Friedensqualität, zuckergeresät
1 Pfund-Glas 8.50
2 Pfund-Glas 16.80
Kans Kiesel,
Kaiserstraße 150.
Leere Gläser werden mit 1/2 zurückvergütet.

Haarspangen

Pfeile und Käme werden repariert und neu anpoliert bei 4484

H. Bieler

Kaiserstraße 223
in sehen Durlach- u. M. Schep
Ginige gut erhaltene
Saccoanzübe
hochzeitstanz, schv. Einbahn mit Welle und gelb. Hose, Friedenssw., Zwofinganzug, einzelne Hosen, Joppen, Bindfaden, bl. Sam.-Gummimantel, Gr. 44, schv. Damen-Streichgüßle, rot. Sonnenstrich, neu, d. Schürstüchlein, neu, 43, Leder-Gummijacken und sonst. billig abzugeb. 4472
Effenweinstr. 32, II. r.

Kragen

-Wäscherei
Schorpp
Hofert schnellstens
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 34 u. 213
Ceraigstrasse 46
Amalionsstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 82
Anzstrasse 13
Schillerstrasse 19
Kaiser-Hee 87
Gabelbergerstr. 1
Rheinstrasse 12.
Durlach: 4486
Hammstrasse 15.

Paucher dank!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung vorbildend. Auskunft umsonst. 4484
Versandhaus Urania
Niesche R. 38, Waltherrstr. 33
Möbliert. Zimmer
von einem Arbeiter sofort gesucht. Best. Angebote unter Nr. 4476 an das Volksfreundbüro.
Ein wenig getragener Damen-Gummimantel, sowie ein Tuchjacket b. u. zu verkaufen. 4486
Zahnerstr. 16, V. Stod.

Sieg- und Ehrengewinn

mit Bach, beinahe neu, billig zu verkaufen. 4488
Karlstr. 11, 5. St. Hof

Gebrauchtes Fahrrad

nach auswärts zu kaufen gesucht.
Offerten unter Nr. 4485 an das Volksfreundbüro.
Meerschweinchen
zu kaufen gesucht. 4488
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium Dr. Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 80.

Durlacher Anzeigen.

Fett-Verteilung.
Diese Woche gelangt in den hiesigen Fettver-
kaufsgeschäften Margarine zur Ausgabe und
zwar pro Kopf 125 Gramm. Der Preis für das
Pfund beträgt 10.— A.
Die Abgabe erfolgt auf die Fettmarke Nr. 83.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2017
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Verteilung

Ab Freitag, den 16. ds. Mts., erfolgt in den
hiesigen Spezereigeschäften die Ausgabe von:
Säferstuden pro Kopf 125 Gramm, Preis pro Pfund 3.— A.
Brodreis pro Kopf 125 Gramm
Preis pro Pfund 4.50 A.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2018
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Die **Neu-Eröffnung** meiner anerkannten **prima Münchner Küche** zeige ich hiermit ergebenst an. **Vorzüglicher Mittagstisch** in und außer Abonnement. **Reichhaltige Abendkarte** Prima Weine von Mk. 3.50 an per 1/4 Ltr. **Pschorr-Bräu Original-Pilsner** Warme Speisen werden auch im 2. Stock serviert. Es ladet höflichst ein 4482
Georg Haas.

Städtisches Konzerthaus.
Mittwoch, den 14. Juli 1920. 2012
Der fidele Bauer
Operette. Leo Fall. Ende nach 1/2 10 Uhr
Anfang 7 Uhr.

Colosseum
Der Herausforderungskampf **Kantzy** gegen **Fürst**
170 Pfd. 145 Pfd.
Gegenseitiger Einsatz 500 Mark. 4476

Nordsee-Fischhalle
Waldhornstr. 48. Telefon 3769
1 Waggon
See-Fische
eingetroffen
Kabe'jau, Scheifische, Merlan
per Pfund Mk. 1.00, 1.80
1 Waggon
Marinaden
Rollmöpse, Bismarckheringe
per Stück 30 Pfg.
Ernst Kursiefen.

Paucher dank!
Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Wirkung vorbildend. Auskunft umsonst. 4484
Versandhaus Urania
Niesche R. 38, Waltherrstr. 33
Möbliert. Zimmer
von einem Arbeiter sofort gesucht. Best. Angebote unter Nr. 4476 an das Volksfreundbüro.
Ein wenig getragener Damen-Gummimantel, sowie ein Tuchjacket b. u. zu verkaufen. 4486
Zahnerstr. 16, V. Stod.

Sieg- und Ehrengewinn
mit Bach, beinahe neu, billig zu verkaufen. 4488
Karlstr. 11, 5. St. Hof

Gebrauchtes Fahrrad
nach auswärts zu kaufen gesucht.
Offerten unter Nr. 4485 an das Volksfreundbüro.
Meerschweinchen
zu kaufen gesucht. 4488
Chemisch-bakteriologisches Laboratorium Dr. Lindner, Karlsruhe, Kaiserstr. 80.

Durlacher Anzeigen.
Fett-Verteilung.
Diese Woche gelangt in den hiesigen Fettver-
kaufsgeschäften Margarine zur Ausgabe und
zwar pro Kopf 125 Gramm. Der Preis für das
Pfund beträgt 10.— A.
Die Abgabe erfolgt auf die Fettmarke Nr. 83.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2017
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Verteilung
Ab Freitag, den 16. ds. Mts., erfolgt in den
hiesigen Spezereigeschäften die Ausgabe von:
Säferstuden pro Kopf 125 Gramm, Preis pro Pfund 3.— A.
Brodreis pro Kopf 125 Gramm
Preis pro Pfund 4.50 A.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2018
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Verteilung
Ab Freitag, den 16. ds. Mts., erfolgt in den
hiesigen Spezereigeschäften die Ausgabe von:
Säferstuden pro Kopf 125 Gramm, Preis pro Pfund 3.— A.
Brodreis pro Kopf 125 Gramm
Preis pro Pfund 4.50 A.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2018
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Verteilung
Ab Freitag, den 16. ds. Mts., erfolgt in den
hiesigen Spezereigeschäften die Ausgabe von:
Säferstuden pro Kopf 125 Gramm, Preis pro Pfund 3.— A.
Brodreis pro Kopf 125 Gramm
Preis pro Pfund 4.50 A.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2018
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Lebensmittel-Verteilung
Ab Freitag, den 16. ds. Mts., erfolgt in den
hiesigen Spezereigeschäften die Ausgabe von:
Säferstuden pro Kopf 125 Gramm, Preis pro Pfund 3.— A.
Brodreis pro Kopf 125 Gramm
Preis pro Pfund 4.50 A.
Durlach, den 13. Juli 1920. 2018
Kommunalverband Durlach-Stadt.

No. **Be**
vor allem die
sowie die Ge-
Anlag zu Au-
zung der b
der Kohlenfr
Ludwigsführ
dene Blätter
den Einmarz
diese 111 m
vorzuführen.
So färcit
gewiesen hat,
es wäre über
Deutschen an
biet zu beje
Gebietes ist
stielige Sod
Jweide gebr
die Induftri
gebiet gut
nicht hinderr
sten Tage m
Das „E
schen darin
auszuführen
sei wahrjche
marieren, es
sönnte auf
die Ereignis
die Erklärung
welen. De
Wiltärchefs
„Pett
Premiermin
lah England
habe, anerke
hischen E
teilen un
Fruch. Die
brochen, um
Eumant
Wätter dürr
langen. D
schinde sich
über, die g
Der „E
an Kohlen
Betrieb gel
Wetie erlan
alsdann an
einen Man
Verfä
deutschen
teilt worden
lehten Vor
Stunden b
Witteilung
begleitet.
Die „E
Wardfall
zusammen
ierten E
WZV
des Verba
Evall
Gegenwart
nicht anwo
tag, um
t a n s h
h ä n d i g
Witerten
WZV
bung: D
sammen.
richt über
sammenfu
sein Verke
der Abh
bevorst
legen u
Genera
Die M
Berl
fin, daß
händen ei
dulden w
hülle eine
streif pro
In ei
beimchne
einmütig
fens der
Förderung
heit und
preisgeben
den. De
Konferenz